

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboonementpreis pro Monat inl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleistungszettel Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. egl. Bestellgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schenck.

Inserate werden die gespaltenen Zeitzeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinzelungen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftsstunde 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 18. Februar.

Die Herren von Voetticher und von Berlepsch, die Sozialpolitiker innerhalb des Kreises der leitenden Staatsmänner haben uns noch niemals zur Bewunderung hinreichen können. Wahr hat sich namentlich Herr von Voetticher stets bemüht, den von ihm verfochtenen Sozialpolitik selber das höchste Lob zu zollen und hat auch des öfters von den „großen Wirkungen“ gesprochen, die die Sozialgesetzgebung angeblich bei den Arbeitern erzielt und wie sie die Sozialdemokratie verdrängt hat, indem sie den Arbeitern wieder Vertrauen zu den Regierungen gab. Wir wissen nicht, woher Herr von Voetticher solche Informationen schöpft; kommen sie wirklich von Arbeitern, so können das nur jene „Musterarbeiter“ oder „Fuchsschwänzer“ sein, von denen jeder grohe Unternehmer sich einige Exemplare heranbildet, um sie gelegentlich zu seinem Nutzen und Frommen als klassische Beugen aufmarschieren lassen zu können. Wir lassen uns durch solche Dinge nicht im mindesten beeinflussen, sondern sind der Meinung, daß die sozialpolitische Kunst der Herren von Voetticher und von Berlepsch sich zwar sehr häufig des Schnicks der prunkhaften Phrase erfreut, dafür aber um so weniger des Positiven bietet. Man denkt an das stolze Wort des Herrn von Voetticher bei der Beratung des Altersversicherungs- und Invalidengesetzes: „Liebet die Brüder!“ und an die künftlichen Gaben, die hinterher kommen; man denkt an die Vorschläge zur „Rettung des Handwerks“, die von beiden Staatsmännern ausgegangen sind, Vorschläge, deren Unbrauchbarkeit und Unwirksamkeit auf der Hand liegt und von niemand bezweifelt wird.

Die Sozialpolitik dieser beiden Herren ist so schwächlicher Natur, daß sie sofort zurückdrückt, wo der Kapitalist laut schreit, daß er geschädigt sei oder geschädigt werden könne. Darum darf man sich nicht wundern, daß beide Minister bei der Frage des Arbeiterschutzes in Bezug auf die Haushaltung eine so merkwürdige Haltung eingenommen haben. Beide versicherten im Reichstage ihr volles Mitgefühl für die armen Mäntel- und Weißzeugnäherinnen, deren Elend und Ausbeutung manchmal aller Begriffe spotten; Herr von Voetticher sprach sich sogar entschieden missbilligend aus gegen jenes Treiben, das bis in „höhere Schichten“ der Gesellschaft geht und das darin besteht, daß die Töchter wohlhabender Familien oder gutbezahlter Beamten den Nährerinnen das Brot wegnehmen und die Löhne drücken, um sich die Mittel zu einem Ballstaat oder zu einer Vergnügungsreihe zu verschaffen. Aber von da

bis zu Thaten ist noch ein weiter Schritt. Vorher will Herr von Voetticher die Reichstagskommission für Arbeiterstatistik mit der Sache beauftragen, und da ist er sie vorläufig los. Dann will man sehen, ob dem Ausbeutungssystem nicht durch vorgeschriebene Arbeitsverträge gesteuert werden kann. Das kann noch lange dauern, aber der gewandte Herr von Voetticher hat sich wenigstens den Anschein gegeben, als wisse er die ganze Katastrophe mit Erfolg zu bekämpfen, „denn“, sagte er, „so groß die Schwierigkeiten auch sind, sie müssen überwunden werden“. Herr von Berlepsch dagegen war durchaus pessimistisch gestimmt; ihm scheint es nicht möglich, gegen die Haushaltung eine Arbeiterschutzgesetzgebung mit Erfolg anzuwenden. Er meinte, die Großunternehmer müßten sich bei hohen Konventionalstrafen verpflichten, keinen Meister anzunehmen, der nicht seinen Arbeitern einen bestimmten Prozentsatz des Lohnes giebt. Das wäre also ein Minimallohn für Meister und Arbeiter! Ob Herr Berlepsch wohl im Ernst glaubt, daß ein Minimallohn mit Konventionalstrafen zu erzwingen ist? Er fügte freilich hinzu, daß man kein Gesetz habe, um eine solche Regelung der Sache zu erzielen. Aber wenn man auch ein Gesetz hätte — die Bewegungen des Arbeitsmarktes würden eben dieses Gesetzes spotten und würden es unwirksam machen.

Dass man die Haushaltung und Hausarbeit überhaupt nach Möglichkeit befehligen muß, wenn man die dort beschäftigten Arbeiter den Arbeiterschutzgesetzen unterstellen will, daß man die Unternehmer zu diesem Zwecke zwingen sollte, Werkstätten einzurichten und ausschließlich dort arbeiten zu lassen, ist eine alte Forderung und wäre sicherlich speziell für die Mantel- und Weißwarenbranche ohne alle Schwierigkeiten durchführbar. Dann könnte man die Arbeitszeit durch Gesetz bestimmen und die Aufsichtsbehörden könnten das ganze überwachen. Auch die Konkurrenz der „höheren Töchter“ wäre dann beseitigt, denn diese würden sich in keine Werkstätte setzen. Der Preis der Arbeitskräfte in dieser Branche müßte augenblicklich steigen, wenn Werkstättenzwang und Magistratsarbeitstag eintreten würden. Allein eben deshalb werden die Unternehmer niemals freiwillig darauf eingehen.

Herr von Voetticher hat gesagt, er glaube „vorläufig“ nicht, daß man soweit werde gehen und den Werkstättenzwang einführen können. Damit hat er seinen Standpunkt gekennzeichnet; man will den Unternehmern nicht zu nahe treten. Man hat eben bei den Mantel- und Weißnäherinnen keine so dringenden Gründe, mit energischen Maßnahmen vorzugehen, wie bei anderen Gelegenheiten.

Zedermann, um ein Beispiel anzu führen, der sich den Fleischgenuss heute noch erlauben kann — Tausende und Abertausende können es leider nicht mehr — hat ein Interesse daran, daß das Fleisch vor dem Genuss sorgfältig untersucht wird; man fürchtet sich vor fraktem und verdorbenem Fleisch. Die Schlachtermeister würden heute wohl auch noch, wie früher, zu einem guten Teil lieber daheim schlachten und würden da manches Stück Vieh mit unterlaufen lassen, dessen Fleisch nicht mehr genießbar wäre, das man immer aber noch in die Würste hacken könnte. Soviel in diesen Dingen heute noch möglich, geschieht ohnehin. Aber die Kommunen haben Schlachthäuser hergestellt, wo die Fleischer ihr Vieh schlachten müssen und wo mit Leichtigkeit das Vieh vor dem Schlachten und das Fleisch nachher noch einmal besonders untersucht werden kann. Zedermann, außer eben einigen Schlachtermeistern, wird solche Maßregeln nützlich und vernünftig finden. Und was man mit Recht dem Schlachtermeister zumutet, das sollte man den großen Mantel- und Weißwarengeschäften nicht auch zumuten können — nämlich ihren Betrieb dahin zu verlegen, wo er von der zuständigen Behörde beansprucht werden kann?

Gegen diese Forderung gibt es keinen genügenden Grund und darum hat Herr Voetticher auch keinen anführen können.

Wir sind auch heute noch der Meinung, daß ein Staatsmann mit sozialpolitisch weitem Blick und mit der erforderlichen Energie im stande wäre, mit einschneidenden Reformen den Ausgebeuteten und Unterbten einigermaßen Lust zu schaffen und ihnen wenigstens einen Teil ihres Elends zu ersparen, wenn er Ernst machen würde. Wir würden das begrüßen, denn der Weg zum Sozialismus würde darum nicht verlängert. Im Gegenteil vielleicht verkürzt. Man darf nicht vergessen, was Karl Marx so sehr betont hat, daß nämlich das Übermaß des Elends den Menschen stumpt macht, während gerade die besser bezahlten Arbeiterschichten die meisten ziel- und klassebewussten Elemente stellen.

Aber Herr Voetticher und Herr Berlepsch sind keine Staatsmänner aus obigem Stoff.

Wer mit seiner Sozialpolitik schon vor Betriebswerkstätten für die Konfektionsgeschäfte zurückdrückt, dessen „Reformen“ werden den Gang der Weltgeschichte nicht im geringsten beeinflussen, und wenn ein einzelner dies überhaupt immer nur sehr relativ kann, so werden die Staatsmänner von heute thun, was die meisten ihrer Vorgänger gethan: sie fördern die werdende Umgestaltung der Produktionsweise durch ihrer Untergliederungen.

Die reaktionären Maßregeln anderer dazu und die sozialistische Bewegung wird bald die Welt überspielen.

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Die Entgleisten.

Eine Katastrophe in sieben Tagen nebst einem Vorabend von Ernst von Wolzogen.

„Sie sind ein schlechter Schauspieler, Herr Doktor!“ rief der Lieutenant. „Ich seh's Ihnen ja an der Nase an, wie Sie sich abquälen, irgend eine neue Niedertracht herunter zu würgen. Das ist ungesund, lieber Herr! Und wenn Sie 'n bissel Vertrauen zu mir hätten, dann thäten Sie gut, mich auf den Braten einzuladen. Vielleicht friegen doch zwei die Geschichte eher klein wie einer. Kommen Sie her, sezen Sie sich! Worum handelt sich's denn?“

„Ich glaube, Sie haben recht,“ versetzte Doktor Huhn, indem er sich zum Sofa führen ließ. „Ich brauche einen Menschen, den ich um den Weg fragen kann — meine Gedanken gehen ganz in die Irre — ich bin wie vor den Kopf geschlagen — ich weiß nicht mehr aus noch ein. Sie sind so überaus gütig zu meiner Lisbeth — Sie sind der Einzige hier, von dem ich vielleicht ein freundliches Verständnis . . .“

„Machen Sie keine Redensarten, sondern kommen Sie zur Sache!“ unterbrach ihn der Lieutenant, indem er ihn aufmunternd auf den Schenkel kloppte.

„Nun, also,“ stieß Doktor Huhn nach kurzem Besinnunghervor. „Ich habe eben einen Brief bekommen, der mich nötigt, entweder sofort aufzupacken und die Flucht zu erlischen nur das Schema — und das Schema heißt: Die Schuldige — er war selbst ein Betrüger. Mein Stief-

greifen oder mit allen Mächten der Hölle um den Besitz meiner Lisbeth zu kämpfen.“

„Holla!“ rief der Lieutenant. „Um das Prinzenchen handelt es sich? Nu stros' mich Gott — da denk' ich auch 'n Wörtchen mitzureden! Ich lasse mir auch nicht meinen Stern vom Himmel wegfangen, hähä — ich lasse mir nicht das Licht auspussten, bei dem ich — zu Bette gehen wollte! Also nun mal heraus damit: wer will uns das Kind rauben?“

„Seine Mutter — meine Schwester!“

Und dann erzählte er dem gespannt lauschenden die ganze trostlose Wahrheit.

Als der Doktor geendet hatte, erhob sich der Lieutenant und stellte fast ebenso aufgeregt als vorhin jener im Zimmer auf und ab. Ingrimm und Mitgefühl verriet sich abwechselnd in seinen Mielen und vergerieten sie ins Groteske. Eine ganze Weile wütete er so stumm vor sich hin, nur von Zeit zu Zeit einen grimmigen Fluch zwischen seinen schmalen Lippen zermalmand. Und dann verschwand er auf einige Augenblicke in der Kammer und kehrte mit einer Flasche und zwei Ölbergläsern zurück.

„Kommen Sie, Freundchen — einen guten Kognak, ehe wir die Beratung eröffnen!“ Und er stürzte drei Glässchen voll hinunter, während der andere ein einziges Gläschen ausnüppste.

„Sie haben recht, das thut gut,“ lachte Doktor Huhn, indem er sich den Schnurrbart von den Lippen strich. „Aber nun sagen Sie mir: was ist zu thun? Kennen Sie die Gesetze? Würde was auszurichten sein bei einem Prozeß?“

„Weiß ich nicht, glaub' ich aber nicht! Die Gesetze

Mutter hat das nächste Anrecht auf ihr Kind, wenn . . . Sagen Sie mal: wissen Sie nichts von dem Vater?“

„Nein, nicht einmal seinen Namen!“

„Wie ist das möglich? Wenn das wirklich der gewissenlose Führer der Unschuld war, der das Fräulein schmähselig sichen ließ, dann könnte ihr doch nichts daran liegen, seinen Namen zu verheimlichen.“

„Das ist ja eben das allerärgste! Das ist ja eben das, was meinem Stiefvater das Herz gebrochen hat — das ist das, worüber man sich jetzt noch zu Tode schämen möchte, wenn man daran denkt! Es war nicht eine unglückliche Liebesgeschichte, die man menschlich begreifen und entschuldigen könnte. Der Mann war nicht der gewissenlose Schurke, der das vertraulichste Mädchen betrog und ins Unglück stürzte — das Mädchen war die leichtsinnige Dirne, die sich langweilte in dem ehrenbaren Vaterhause, die mit dem ersten besten davon lief, nicht weil sie ihn liebte, sondern weil sie sich nach Abenturen schaute, nach unrechtem Glanz, nach trivialstem Genuss. — Ich war damals weit weg vom Schauspiel, studierte in München. Wie ich die Geschichte erfuhr . . . Sie können sich denken: ein rauslusteriger Bursche im zweiten Semester! Mein erstes war natürlich, dem Entführer Nach zu schwören. Ich wollte ihn aus dem verborgenen Winkel austreiben, um ihn mit dem Säbel zu massakrieren oder lieber noch über den Haufen zu schießen. Denn ich liebte diese Stiefschwester leider mit mehr als brüderlicher Liebe. Der Vater wußte keinen Namen; aber er weigerte sich hartnäckig, ihm mir zu nennen, weil er nicht wollte, daß ich in meiner blinden Wut einem Unschuldigen ans Leben sollte. Ja, ja, so wunderbar es klingt, der Entführer war tatsächlich der am wenigsten

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Politische Übersicht.

Über die politische Lage in Frankreich schreibt uns unser Pariser #. Korrespondent vom 16. Februar: Der parlamentarische Konflikt spielt sich immer schärfer zu. Der Senat hat das Verklausvotum der Kammer vom 13. Februar mit einem zweiten Tadesvotum gegen das Ministerium beantwortet.

Der Gang und Ausgang der gestrigen Senatsdebatte haben gezeigt, daß die reaktionäre Körperschaft es darauf abgesehen hat, das demokratische Ministerium um jeden Preis zur Demission zu zwingen. Die zweite Interpellation Monis über den Wechsel der Untersuchungsrichter in der Südbahnaffaire hat sich noch klarer als die erste als ein Versuch mit unangemessenen Mitteln herausgestellt. Die Kämpfen für die angeblich verdeckte Unabhängigkeit der Justiz haben nur bewiesen, daß der früheren Untersuchungsrichter Klempler nicht geeignet war, die Südbahnuntersuchung zu leiten. Es steht nunmehr nämlich fest, daß dieser „unabhängige“ Untersuchungsrichter unter Verleumdung des Amts- und Untersuchungsgeheimnisses seinen Schwiegervater Trystram, Senator und Freund der Sudisten, in alle Details der Untersuchung eingeweiht hat. Dieser informierte dann darüber den Intervallanten Monis, der seine Angriffe auf den Justizminister hauptsächlich eben auf diese Informationen stützte. Zu der Streitfrage selbst vermochten die juristischen Haarspaltereien und die lächerlich kleinen Details, aus denen Monis gestern wiederum dem Ministerium einen Strick zu drehen versuchte, nicht vor den lokalen Erklärungen des Justizministers Stand zu halten. Das half jedoch alles nichts. Hatten doch, mit Ausnahme der „demokratischen Linken“, sämtliche Senatsfraktionen schon vor der Sitzung sich auf eine gehärmische Tagesordnung geeinigt, worin „die Regierung wegen missbräuchlicher Einmischung in die Justizverwaltung geladet“ wird. Diese vor Aufführung des Justizministers beschlossene Tagesordnung wurde denn auch im Senat eingebrochen, und zwar von einem der angehenden Senatoren, dem ehemaligen Senatsvorsitzenden Le Roher. Das würdevolle, zu politischem Anstand ermahrende Eingreifen des Ministerpräsidenten bewirkte nur die Erziehung dieser vorgefassten und daher den Senat bloßstellenden Tagesordnung durch die in der Senatsitzung vom 11. Februar angenommene Bedauerungsformel.

Als aber noch Annahme derselben (mit 158 gegen 66 Stimmen*) die Minister im Saale sitzen blieben, so ihren Entschluß kundgebend, auch vor dem zweiten Tadesvotum des Senats nicht zurücktreten zu wollen, da bestieg Senator Demole, ein hartgesetzter Opportunist und Verfechter des Ausnahmegesetzes gegen die Eisenbahnerbeiter, die Tribune, um unter dem Beifall der Mehrheit zu erklären, daß er in Gemeinschaft mit einigen Kollegen beschlossen habe, die Regierung zu interpellieren über die Art und Weise, wie sie den Artikel 6 der Verfassung, betreffend die Verantwortlichkeit der Minister vor den Kammer, zu interpretieren gedenke. Er werde mit der Ausführung seines Vorhabens warten, bis die Regierung ihre Beschlüsse angesichts der Ankündigung dieser Interpellation kundgegeben habe. . . . Das war eine formale Kriegserklärung an das Ministerium.

Beharrt das Ministerium in seiner bisherigen Haltung — und das scheint nach den über den gestrigen und den heutigen Kabinettssitz in die Offenheit gebrachten Nachrichten der Fall zu sein — so steht Frankreich am Vorabend einer folgenschweren politischen Krise. Aus dem ausgebrochenen parlamentarischen Konflikt gibt es keinen anderen Ausweg als die Verfassungsrevision. Die radikale und die sozialistische Presse fordert einstimmig die Regierung auf, die Kriegserklärung des Senats mit einem Revisionsantrag zu beantworten.

In der That, zu keiner Zeit ist die Notwendigkeit der Verfassungsrevision so offenkundig gewesen, wie gerade jetzt. Im gegenwärtigen Konflikt handelt es sich weder um eine Personennachfrage noch um eine rein politische Frage. Der Senat, seit langem ein politisches Altersahl für alle vom allgemeinen Wahlrecht in die Flucht geschlagene oder überhaupt kampfnahe Politiker, hat sich zu einem so heftigen und hartnäckigen Widerstand gegen das Kabinett Bourgeois aufgerichtet, weil er durch die Reformpläne des Kabinetts die Interessen der Großbourgeoisie bedroht und durch dessen rücksichtslose Säuberungsarbeit die Herrschaft des opportunistischen Klüngels für immer kompromittiert fühlt.

* Für das geschlossene Vorgehen des Senats ist es bezeichnend, daß alle regierungseindlichen Kundgebungen desselben ein ähnliches Stimmverhältnis aufweisen; am 11. Februar war das Stimmverhältnis 161 gegen 67.

vater hatte nämlich eine höchst unmoderne Abneigung gegen den Offizierstand

„Was? Der Betreffende war Offizier?“ unterbrach der Lieutenant aufhorchend.

„Ja, ein Lieutenant unserer Garnison glaube ich — nicht einmal der jüngste mehr — ein ganz verständiger, anständiger Mensch, behauptete mein Vater. Er hatte regelmäßig um das Mädchen angehalten, und der eigenfinnige Patrizier hatte sie ihm rundweg abgeschlagen. Das Militär spielte in der Vergangenheit seiner Familie eine schlimme Rolle. Und außerdem wollte er auch mit seinem Liebling höher hinaus. Na, die Folge war eben die Entführung. Der Skandal wurde nach Möglichkeit vertuscht, indem der alte Herr sich bemühte, vor der Welt die heiterste Miene aufzusetzen, und jedermann erzählte, daß seine Tochter sich in der Schweiz ganz außerordentlich glücklich fühlte. Sie hätte sich nur französisch empfohlen, um dem erdrückenden Abschiedschmerz ihrer vielen Freundinnen und Verehrer zu entgehen. Lebrigens kam der Offizier noch einmal zu ihm, und da blieb ihm freilich nichts anderes übrig, als nachträglich seinem Segen zu geben. Und nun denken Sie: während der Entführer in Deutschland war, um seine Verabschiedung vom Militär zu betreiben, ging ihm in der Schweiz die ungetreue Gattin mit einem anderen Kavalier durch!“

„Wie?! Was sagen Sie da?!“ schrie der Lieutenant heiser auf. Er stand an seinem Schreibtisch, stützte sich mit der einen Hand darauf und mit der anderen auf den Kuckstock, den er in nervöser Erregung fortwährend gegen die Diele stieß.

„Herr, wollen Sie mir weismachen, daß es in der Welt noch eine zweite solche nichtswürdige Kreatur giebt?! Wollen Sie mir einreden, daß das da, was ich da schreibe,

Auf der anderen Seite vertritt das Kabinett Bourgeois das demokratisch gesinnte mittlere und Kleinbürgertum, welches die Republik aus einem Werkzeug der Guten und Mächtigen, das sie bisher war, in eine Beschützerin der Hungriigen und Schwachen umwandeln möchte. Es ist der Kampf zwischen der brutal-reaktionären Großbourgeoisie, die im Vertrauen auf ihre Macht und eventuell auf die nackte Gewalt von seinen Bündnispartnern wissen will, und dem einzigartigen Teil des Bürgertums, dem die wachsende Macht der Arbeiterbewegung das Bewußtsein für die Notwendigkeit von Reformen geschärfst hat. Das Programm des radikalen Ministeriums stellt seit dem Bestehen der Republik den ersten zielbewußten und ehrlichen, wenn auch schüchternen Reformversuch zu Gunsten der großen Massen dar. Daß nun dieser Versuch zum Misserfolg verurteilt ist, so lange der großbürglerische Senat, das Produkt des beschränkten und indirekten Wahlrechts, ein mit der aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgehenden Deputiertenkammer gleichberechtigter Gesetzgebungs-Faktor ist, das hat sich während der dreimonatlichen Regierungszeit des Kabinetts Bourgeois bis zur Evidenz offenbart. Es gilt also vorerst, durch die Verfassungsrevision das übermächtige Hindernis jeder Reform zu beseitigen.

Die Sozialisten stehen nach wie vor für die Reformpolitik des Ministeriums gegen die reaktionäre und korrupte großbürglerische Opposition. In der entscheidenden Kammerabstimmung vom 13. Februar haben sie geschlossen für das Ministerium gestimmt. Sie sind darum seineswegs etwa zu Hilfsgruppen des demokratischen Bürgertums geworden. Im Gegenteil, sie bilden die Vorhut im entbraunten Kampfe, die ihren augenblicklichen Verbündeten den Weg und das Marschtempo vorzeichnet. Und wie auch der Kampf zunächst enden mag, schließlich wird der Sozialismus den größten Vorteil aus dem Streit zwischen den beiden bürgerlichen Fraktionen ziehen. Der momentane Sieg der Reform wie der Realpolitik wird in gleicher Weise den endgültigen Triumph des Sozialismus beschleunigen.

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

B. Berlin, 17. Februar. Heute wurde im Reichstag die Frage der warmen Abendkost für die Soldaten erörtert. Aus finanziellen Rücksichten ist die Regierung der vorjährigen Resolution des Reichstags, die die Einführung der warmen Abendkost wünschte, nicht gefolgt; sie schlägt die Kosten der Neuerichtung auf 8 Millionen Mark an. Von anderer Seite werden die Kosten geringer — auf 2 bis 3 Millionen Mark — geschöpft. Unser Genoss Bebel togte sie höher, auf mindestens 15 Millionen Mark, falls den Soldaten wirklich ordentlich Kost geboten werden soll. Die Frage kam heute nicht zum Austrag; bei der dritten Lesung des Etats soll über eine Resolution des Centrums abgestimmt werden, die die Einspeisung einer Summe von 3 Millionen Mark zu diesem Zwecke in den nächsthöchigen Etat wünscht.

Bei Beginn der Sitzung rief Präsident von Buol unseren Genossen Stadthagen wegen einer Stelle in seiner Sonnabendrede gegen den Kriegsminister nachträglich zur Ordnung. Er hat damit bedauerlicherweise wohl dem Drängen nationalliberaler Freizeit nachgegeben, die ihm in ihrer Presse sogar literarischer Unkenntnis der Figur pistols und des Zigeunerbarons geziert haben. Die Worte Stadthagens waren sehr vorsichtig gewählt; sie waren im wesentlichen nichts als die Ausführung des vom Kriegsminister selbst am Freitag gegen Bebel angewandten Bildes vom Theatertrepertoire.

Auch ein Beitrag zur „Reserve“-Literatur.

Stern-Bonart von Schellendorf gewidmet.

Zur Kennzeichnung des militärischen Geistes brachte der Abg. Bebel in der Reichstagsitzung vom letzten Sonnabend ein Anklagematerial von zötigen „Festiviprogrammen“ ehemaliger Gardeoffiziere“ u. s. w. bei, das den exageriertesten Vereidigern des herrlichen Militarismus den Mund stopfte und den Volksparteier Hanfmann zu der Mahnung veranlaßte, in punkto der Immoralität nicht gegen einzelne Klassen der Bevölkerung, namentlich gegen die Arbeiterklasse, gemützte Vorwürfe zu erheben. Die einsichtsvolle Mahnung Hanfmans, der zur Aussicht leineswegs in principieller Opposition steht, erfolgte im Interesse des von gewissen Marschjüngern gefährdeten Prestiges der Armee, das beim Volke fast in keinem Gegen teil umgeschlagen ist. Mögen auch die Herren Bonart von Schellendorf und die Benützten mit noch so großer Empathie die moralische Ehrenrettung unseres glorreichen Kriegsheeres betreiben, tief im Volke sitzt die Erfahrung, daß das System des Militarismus an mehr als einer Stelle angefault

ist. Es mangelt an der hellhaften demokratischen Kontrolle und dem demokratischen Urteil innerhalb unserer Heeresinstitution.

Und wo sich ja einmal das Rechtsgefühl gegenüber ungehörigen Vorgängen im Heere regt, wird es mit rauer Hand und rücksichtslos unterdrückt, ein Bestreben, dem der Ausdruck der Offenheitlichkeit des Militärstrafprozesses nur Vorschub leistet. Ein übriges thut die servile Presse, die gegen schmiedende Kritik dieser Zustände in der Volksverhetzung die Taktik des Totschweigens in Anwendung bringt oder sich entrüstet nicht über die Missstände, sondern über deren Kritik. Der Herr Lieutenant ist dieser Presse eine schier geheiligte Person, gegenüber der jedes Wort des Tadels zu unterbleiben hat. Um so erfreulicher sind spontane Zeichen vernünftigen Urteils gerade unter den niederen militärischen Chargen.

Vor uns liegt eine in autographischem Druck hergestellte Reserveweitung, die, von fernigem Humor bestellt, durch maschinen und anständigen Ton sich aufs schärfste abhebt von den durch Genossen Bebel gekennzeichneten Machwerken. Ihren Erzeuger und Verbreitern aber brachte sie bittersüchtige Stunden ein — denn sie verrät einen antimilitärischen Geist, versüßt in einer gelungenen Bezeichnung der zur Aushebung gelangenden Rekruten die neue Militärvorlage und würdigt in beispielnder Satire gewisse moralische Gesetzmäßigkeiten militärischer Vorgesetzter. Vor Abgang eines Jahrganges Reservisten wurde in einem Bureau des hauptsächlich aus Sachsen rekrutierenden 105. Infanterie-Regiments in Straßburg i. Els. die ganze Auslage beschlagnahmt; die Beteiligten wurden bei „Vater Becker“ einquartiert. Das verhinderte jedoch nicht, daß uns ein Exemplar der Reserveweitung auf den Redaktionstisch gelegt wurde, aus der wir nur das nachstehende Gedicht wiedergeben wollen:

Reservielieb.

Mel.: Turner auf zum Streite.

Reservisten stimmt
Ein in unter See;
Stund' um Stund' entrinnet,
Tag um Tag entflieht.
Nur noch kurze Frist,
Bühl der Reservist!

Vater Becker weine
Du auch nicht um mich!
Lieb geword'ne Nämme
Läßt ich nun im Stich!
Wasser, trocken Brot,
Was's, was man mir bott!

Gern woll'n wir noch ziehen
Auf Mandorfeld
Nach den vielen Mühen
Uns ein Wunsch bestellt:
Eilen dann in Ruh
Froh der Heimat zu!

Lebet wohl, ihr Mädchen,
Scheiden müssen wir.
Nur im Heimatstädtchen
Finden wir Platz!
Nur beim Lieb allein
Kann man glücklich sein!

Ja, dann ist die Plage
Wirklich für uns aus,
Und nicht eine Klagé
Neh'm wir mit hinaus.
Denn nur im Civil
Hat man freies Spiel!

Straßburg, alte Pest,
An des Rheins Strand,
Gern ell' ich von dannen,
Hin zum Heimatland.
Deiner dent' ich denn,
Soll' mir's schlecht ergeh'n!

Kameraden halde,
Kommt der große Tag,
Da wir scheiden müssen,
Sehnsucht blickt uns nach.
Wartet noch ein Jahr,
Dann wird's werden wahr!

Gerne will ich scheiden
x Compagnie,
Denn mit deinen Freuden,
Rührtest du mich nie!
Plage nur und Not,
War dein täglich Brot!

Laßt uns dann erheben,
Stoht die Gläser an:
Privat! Es soll leben
Der Reservemann!
Ihm und seiner Zeit,
Sei ein Glas gewiehlt!

Hier fünf bis sieben Tage Mittelarrest — im Parlament überschwenglichste kriegsministerielle Dithyramben — auf den Militarismus als Antwort auf berechtigte Kritik verwerflicher Handlungen.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde von der Strafkammer in Schneidemühl der Wirt Friedrich Krüger aus Seegenfelde, Kreis Deutsch-Krone, zu vier Monaten Gefängnis und zum Verlust der von ihm bekleideten Ehrenämter verurteilt.

* Berlin, 18. Februar. Die „Landwirtschaftliche Woche“ hat am Montag in Berlin ihren Anfang genommen. Zunächst hielt der Verein zur Förderung der Moorforschung im Deutschen Reich seine Generalversammlung ab. Der Kongress der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft begann mit den Sitzungen seiner Ausschüsse. Am Dienstag hält der Bund der Landwirte seine Generalversammlung im Circus Busch ab. Es

„Sie wären . . . ? Herr Gott, das ist doch — das ist aber doch ganz unmöglich!“

Die Lieutenant grinste:

„Die Fraze und das Engelsköpfchen, nicht wahr? Hä, hä! Meine edlen Jüge sind allerdings inzwischen etwas reifer geworden. Sie halten mich wohl für 'n Greis — was? Das glauben Sie wohl nicht, daß mir noch zwei Jahre an den Fünfzig fehlen? Nehn' ich Ihnen nicht übel, lieber — Stießwager. Das glaubt mir auch kein Mensch! Aber Sie kennen ja wohl den schönen Bers! Die Liebe und der Suff — na und so weiter.“

Doktor Huhn ließ sich in den nächsten Stuhl fallen und drückte seine Schläfen zwischen beiden Händen zusammen.

„Dann hätte ich also nun den Vater gefunden!“ stieß er mit Anstrengung hervor. Er fuhr sich mit allen zehn Fingern in das dicke, braunlockige Haar. „Unglaublich! Unglaublich! Hier — gerade hier!“

„Warum nicht?“ lachte der Lieutenant heiser. „Ich dachte, hier wären wir eben am rechten Ort — hier, im Casino der Entgleisten. Ich finde den Zufall gar nicht so wunderbar — ich wundere mich überhaupt über nichts mehr. — Uebrigens was das andere betrifft . . . es gibt Menschen, die so boshaft von den lieben Weibern denken, daß sie behaupten, kein Mann könnte überhaupt wissen, ob er — der Vater wäre.“

„Doch, doch, es stimmt mit der Zeit,“ sagte der Doktor tonlos.

Herr von Peißner stützte sich fester gegen die Tischkante, er atmete tief und rasch und konnte lange keine Worte finden. „Da hätte also doch die Stimme des Blutes gesprochen,“ sagte er endlich leise mit einem matten Versuch zu lächeln.

(Fortsetzung folgt.)

eine ganz lächerlich alltägliche Geschichte wäre?!“ Er schlug voll Wut mit der Faust auf das offene Heft, worin er beim Eintritt des Doktors geschrieben hatte.

Doktor Huhn sprang auf und starnte mit wahrem Entsetzen in das verzerrte Gesicht des Lieutenant.

„Was heißt das? — Was schreiben Sie denn da?“ fragte er näher trezend.

„Die anmutige und sinnreiche Historia meines Lebens, zu Nutz und Frommen aller wahren Menschenfreunde!“ knirschte jener mit schneidendem Hohn. „Das Märchen von Mustapha ibn Abdallah — hat Ihnen das unsere Suleika nicht wiedererzählt?“

„Mein — das heißt: nur so . . . Um Gottes willen, was ist denn das nun wieder?“

Der Kasten von Tedernholz mit den getrockneten Blumen unter dem Glasdeckel stand noch von gestern hier auf dem Tische. Die Dokumente einer zerstörenden Leidenschaft, die er enthielt, nutzte der Lieutenant bei seiner Schriftstellerkunst zur Hand haben. Jetzt öffnete er das Schloß mit zitternden Fingern und wühlte in dem Inhalt herum. Und ein paar Sekunden später hielt er dem Doktor Huhn ein Bild vor die Augen.

„Kennen Sie das Gesicht?“

„Herr des Himmels, das ist ja . . .“

„Fräulein Agnes Wahl, Koblenz — Ehrenbreitstein 1872. Jawohl, ganz recht! Wenn Sie Ihre Waffen wählen wollen, sehen Sie da: Säbel und Pistolen hängen genug an der Wand!“

Doktor Huhn traute seinen Augen und Ohren nicht. Er griff sich an den Kopf, er starre das Bild an, er starre den Lieutenant an, und dann fasste er ihn bei beiden Armen, schüttelte ihn und seufzte:

folgen dann noch weitere Versammlungen, bei denen in der Regel immer dieselben Herren, nur unter anderer Firma, die gleichen agrarischen Ideen entwickeln. —

Der Reichstagsabgeordnete und wieso Reichstagspräsident v. Lebeck hat sein Abschiedsgesuch als Landesdirektor der Provinz Brandenburg eingereicht und nach der Kreuztag, damit begründet, daß sein Alter des nahezu vollendeten 70. Lebensjahres und die seit langer Zeit vernachlässigten eigenen Interessen es verlangen, „daß ich noch einige Jahre bei leidlichen Körper- und Geisteskräften mich ihnen widme, eine gewisse Ruhe und Muße und meine dauernde Anwesenheit in meiner ländlichen Heimat. Dazu kommt, daß das Alter nicht spurlos an mir vorübergegangen ist: Ich bin auf einem Ohr ganz taub, finde, daß meine Augen bei Lärm den Dienst versagen und habe auf Gedächtnis und Arbeitskraft mehrlich eingebüßt.“ —

Wie die Nordde. Allg. Btg. meldet, ist der seit etwa Jahresfrist bestehende Zwist zwischen den beiden Führerschaften der Handwerker- und Innungsbewegung, dem Centralausschuss der vereinigten Innungsverbände Deutschlands zu Berlin und der Vorstandshaft des Allgemeinen deutschen Handwerkerbundes zu München, in einer am 12. d. M. hier abgehaltenen Konferenz beigelegt worden. In der Konferenz wurde zugleich vereinbart, daß der Gesetzentwurf, betreffend die Zwangsorganisation des Handwerks, sofort einer vom Berliner Centralausschuss nach Berlin einzuberuhenden Handwerkerkonferenz, zu der beide Führerschaften eine gleiche Anzahl Vertreter zu entsenden berechtigt sind, unterbreitet werden soll. Das Ergebnis dieser Verhandlungen soll sobald einem von beiden Führerschaften gemeinsam anzuberaumenden allgemeinen deutschen Handwerker- und Innungstage — dafür ist Breslau in Aussicht genommen — vorgelegt werden. Die schon erfolgten Einladungen für einen Innungs- und Handwerkerstag in Berlin bzw. Breslau sind also gegenstandslos geworden und es haben sich beide Führerschaften vorbehalten, einen erneuten Aufruf für die Abhaltung eines Allgemeinen deutschen Handwerker- und Innungstages zu erlassen. Wie vereinbart sich das aber mit dem preußischen Vereinsgesetz, da hier Vereine, die öffentliche Angelegenheiten behandeln, „in Verbindung treten“? Wird hier nicht aufgelöst? Ja, wenn es Sozialdemokraten wären! —

Haussuchungen haben bei mehreren polnischen Sozialisten sowie in der Redaktion der Gazeta Robotnicza, der polnischen Arbeiterzeitung, stattgefunden. —

Die brutale Blasphemie der Künstler feiert Triumph. Eine am 17. d. M. in Berlin abgehaltene allgemeine Innungs-Gewerkmeisterversammlung, an der mehrere Reichstagsabgeordnete teilnahmen, protestierte gegen die Einführung des Marginalarbeitsstages im Handwerk, worin sie die Vernichtung des Handwerksbetriebs zu Gunsten der Großindustrie und die Auflösung des Mittelstandes erblickt. Zur Frage des Bauschwundes fordert die Versammlung, daß nunmehr der Staat baldigt Gesetze schaffe, die unzählige Staatsbürger vor gewissenlosen Spekulanten schütze. Wer schützt aber die Handwerksgehilfen und Lehrlinge vor der gewissenlosen Auswucherung ihrer Ausbeuter? —

Der Ostpreußische konservative Verein in Königsberg hat dem Beschlusse des Elferausschusses der Partei in Sachen Stöckers zugestimmt. —

Die Deutsche Tageszeitg. teilt mit, daß die gestrige Ausschusssitzung des Bundes der Landwirte einen „fehr zufriedenstellenden Verlauf“ genommen habe. Es ist beschlossen worden, an den bisherigen Forderungen des Bundes festzuhalten. Demselben Blatt zufolge wird die Klage der deutschen Regierung bei der englischen in Sachen der Münzkonferenz zum Gegenstand einer Interpellation im englischen Parlament gemacht werden. Und was dann?

Am 26. Februar tritt zu Frankfurt a. M. der Parteitag der christlich-sozialen Partei mit der Tagesordnung zusammen: 1. Stellung der Partei gegenüber den anderen Parteien und gegenüber der jüngeren christlich-sozialen Richtung; 2. Organisationsfragen; 3. Agitation und Agitationsmittel. Pfarrer Raumann und seine Leute bleiben, wie das Volk weißt, dem Parteitag fern. Ein interessantes Symptom!

Der Mann mit den 58 Preß-Verbrechen soll noch immer nicht zur Ruhe kommen. Redakteur Wiebke teilt in seinem Babener Anzeiger mit, daß der Staatsanwalt schon wieder Revision beim Reichsgericht gegen das neuliche Strafammer-Urteil eingelegt hat. Die hochwichtige Angelegenheit kommt damit also vor die vierte Instanz; zweimal hat die Strafammer darüber befinden, zum dritten Mal wandert sie jetzt nach dem höchsten Gerichtshof des deutschen Reiches, und es sollte uns, schreibt die Kölnische Volkszeitung, nicht wundern, wenn sie noch eine fünfte Auferstehung vor der Babener Strafammer feiert. Glückliches Reichsland mit deinen französischen Prüggeleien!

8. Aus Hessen, 16. Februar. Bei Gelegenheit der Debatte über die Interpellation im Reichstag betreffend die von den Regierungen aufgestellten Ermittlungen der Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen in der Konfektionsbranche bemerkte der Abgeordnete Rickert, daß in Hessen bereits weibliche Fabrikinspektoren angestellt seien. Preußen sollte sich daran ein Beispiel nehmen.

Durch diese Anerkennung des freisinnigen Abgeordneten ist Hessen unverdient in den Geruch gekommen, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes der fortgeschrittenen Staat Deutschland zu sein. Denn was Rickert als Thatjache ansah, ist einstweilen nur ein Vorschlag. Nichtig ist nur, daß der Bund deutscher Frauenvereine wie an alle Bundesstaaten so auch an Hessen eine Eingabe gerichtet hat, worin die Einstellung weiblicher Fabrikinspektoren erbettet wurde. In der ersten Kammer des hessischen Landtages hatte deren gefeierbender Ausschuß ebenfalls beschlossen, der Eingabe keine Folge zu geben; er stieß aber auf den Widerstand der Mehrheit dieser Kammer, in der am 27. Mai v. J. ein Antrag des Abgeordneten von Hey zu Herrenheim mit allen gegen fünf Stimmen Annahme fand, der die Regierung erforderte, die Aufstellung weiblicher Fabrikinspektoren herbeizuführen. Zur Begründung dieses Antrages wurde ausgeführt: „es müsse in der That ein geeigneter Vermittler zwischen Unternehmern und weiblichen Arbeitern vorhanden sein, da es Dinge gebe, die eine Arbeiterin nicht mit einem männlichen Vorgesetzten erörtern könne“.

In der Zweiten Kammer hat der ständische Ausschuß nun ebenfalls seinen vorher ablehnenden Standpunkt geändert und der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Petition der Frauenvereine Veröffentlichung verdiente, wenn auch vorerst nicht in der unbefräßten Zustimmung, wie solche in dem Beschlusse der Ersten Kammer ausgesprochen ist. Hier ist also die Erste Kammer liberaler als die Zweite Kammer.

Um vergangenen Sonnabend gelangte, wie schon kurz geschildert der Antrag des Ausschusses der Zweiten Kammer zur

Beratung, in das nächste Budget die Mittel zur Ernennung weiblicher Assistenten der Fabrikinspektoren einzusehen, die mit diesen gemeinsam die Betriebe inspizieren sollen, in denen Arbeiterinnen beschäftigt sind. Die Regierung erklärte sich gegen den Antrag des Ausschusses; der Abgeordnete Reinhart stellte den Antrag, weibliche Inspektoren einzustellen. Unser Geistose Ulrich unterstützte den Antrag und forderte dabei größere Bezugnahme für die Fabrikinspektoren. Für Offenbach allein sei eine Inspektorkin erforderlich; eine solche finde ein reiches Thälmannfeld, namentlich könne sie die in vielen Fabriken herrschende Postchauwirtschaft beitreten helfen. Der Antrag Reinhart wurde gegen 15 Stimmen abgelehnt, dagegen: der Antrag des Ausschusses, den Fabrikinspektoren weibliche Assistenten beizugeben, angenommen.

Metz, 17. Februar. Der wegen Verdachts der Spionage verhaftete Schmidbœuf war bereits in den früheren Spionagiprozeß gegen die Frau Ziemert verwickelt. Er diente damals im 2. bayerischen Artillerie-Regiment und gehörte zu den Unteraffizieren, von denen sich die Angeklagte Material verschafft hatte, und wurde infolgedessen vom Militär entlassen. Diesmal handelt es sich hauptsächlich um Aufstellung von Panzerbatterien innerhalb der Forts, sowie um Mobilisierungsfähigkeit; es wurden Zeichnungen, Aufstellungen u. s. w. bei ihm gefunden. In die Untersuchung sind deshalb eine Anzahl von Unteraffizieren verwickelt, die gestern ein mehrstündigiges Verhör zu bestehen hatten. Man vermutet, daß die Untersuchung noch größere Ausdehnung annehmen wird.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 17. Februar. Das offizielle Fremdenblatt erklärt gegenüber der in den Abendblättern verbreiteten, angeblich aus Abgeordnetenkreisen stammenden Nachricht, daß im Laufe dieser Session im Abgeordnetenhaus außer dem Budget nur noch die Wahlreform erledigt werden solle, woran die Auflösung der erfolgen und die Fortsetzung der Ausgleichs-Verhandlungen mit Ungarn dem neuen Hause vorbehalten bleiben würde, daß in unterrichteten Kreisen von alledem nichts bekannt sei.

An Stelle des Despoten von Böhmen, des Grafen Thun, ist der bisherige Landespräsident von Schlesien, Graf von Coudenhove, zum Statthalter von Böhmen ernannt worden. Im übrigen aber wird fortgewirkt wie früher.

Belgien.

Eloë und Leopold.

Die außerordentlich zarten Beziehungen König Leopolds II., des Gründers zu der schönen Tänzerin Eloë de Merode an der Pariser Oper, sind kürzlich in der belgischen Kammer von sozialistischen Abgeordneten erwähnt worden. Darob Wutgehens der ganzen Ordnungspresse!

Ein friger Pariser Journalist hat die leichtfüßige Ballerine interviewt und dabei erfahren, daß der gekrönte Verführer von Sitten und Eigentum, Familie und Religion die holde Sylphide gern nach Brüssel entführt hätte, auf daß sie mit ihren Pirouetten ihm die Regierungsgaben wegziehe. Über Eloë blieb fest, sie hält auf ihre „Reputation“ und tanzt in Paris weiter. Und Leopold muß die schwere Last der Krone ohne die kürzliche Eloë tragen. Quel malheur, sagt der Franzose, welch Malheur!

Brüssel, 17. Februar. Die Repräsentantenkammer nahm bei der Beratung der Tabaksgeschvorslage folgende Sätze für die Eingangsstelle an: Zu Cigarren und Zigaretten verarbeitete Tabake für 100 Kilogramm 600 Franken, für in anderer Weise verarbeitete Tabake 120 Franken, für nicht verarbeitete Tabake für 100 Kilogramm ungerippte Tabake 70 Franken, für andere nicht verarbeitete Tabake einschließlich der Rippen 55 Franken. Außerdem bestimmte die Kammer die Erhebung einer Verbrauchssteuer von 20 Franken für 100 Kilogramm nicht verarbeiteter ausländischer Tabake.

Frankreich.

Paris, 17. Februar. In dem Prozeß gegen das Revolverblatt La France, das die falsche Liste der 104 zu Expressionszwecken veröffentlicht hatte, wurden auf Veranlassung des Verleihers Andrius als Entlastungszeugen vorgeladen: der gegenwärtige Gefangenstrafe abhängende frühere Minister Balthaut, ferner Arton, unter dem Titel „früherer Generalagent der Parlamentsreporter“ und der frühere Detektiv Dupas. Alle drei sind in einem Nebenraume des Gerichtshofes anwesend.

Die linksstehende Presse eröffnet ein schneidendes Kleinegefeuer gegen den vollfeindlichen Senat, diesen als erste Kammer organisierten Geldsackflügel. Die sozialistische Kleine Republique (Petite République) schreibt: „Wir werden unsere Unterhaltung mit dem Senat fortführen, sie hat für uns Reize. Wenn die Herren Senatoren sich sperren, wird man ihnen Confetti (Gipsfingelchen, womit sich beim römischen Karneval die Masken bewerfen) ins Gesicht werfen.“

Dänemark.

Eine Amts in Nordschleswig.

Kopenhagen, 16. Februar. Unter den Dänen im preußischen Annexionsgebiet Nordschleswig vollzieht sich eine Kritik, die hier oben die Gemüter lebhaft beschäftigt und auch für deutsche Leser Interesse genug bietet, um kurz kennzeichnet zu werden. Durch den Tod des Abgeordneten Hans Lassen ist das Landtagsmandat für den Kreis Sonderburg-Lopenrade ledig geworden. Hans Lassen hat sich das Verdienst erworben, seine dänischen Landsleute für eine realistische Politik gewonnen zu haben. Er riet ihnen, die utopistischen Hoffnungen auf den § 5 des Prager Friedens fahren zu lassen und sich mit den neu entstandenen Machtverhältnissen einzurichten. Er brachte die Auswanderung nach Dänemark ins Stocken und veranlaßte die Jugend des Landes, der preußischen Militärpflicht zu genügen, um später dann um so ungehindert der gewollten Germanisierung entgegenwirken zu können. Um sein Mandat bewerben sich, nun da er gestorben ist, der Hofbesitzer Wolff und der Redakteur H. P. Hansen-Nørremølle. Der erstere ist konservativ-militaristisch und erwartet die Erfüllung seiner politischen Wünsche von „einem dritten schleswigschen Krieg“, während der letztere — H. P. Hansen — ein Wagnis von entschieden demokratischen Anschauungen ist. Sein nächstes Ziel ist die absolute Gleichberechtigung der Dänen mit den anderen preußischen Staatsbürgern und im übrigen erwartet er, daß die kulturelle Entwicklung den europäischen Völkern das Selbstbestimmungsrecht wieder geben wird. Glücklicherweise ist der Ausgang dieses Kampfes zwischen den konservativen-reaktionären und den demokratisch-evolutionären Richtung in Nordschleswig kaum zweifelhaft. Wie uns von überaus gut informierter Seite berichtet wurde, ist die Wahl H. P. Hansen schon jetzt so gut wie gesichert. In der Hauptstadt Dänemarks sind sogar die Sympathien der Konservativen zu einem großen Teil auf seine

Seite und Gustav Johannsen, das dänische Mitglied des deutschen Reichstages, hat sich ebenfalls für ihn erklärt.

Großbritannien.

Jameson „verhaftet“.

London, 18. Februar. Jameson, das Haupt der Freibeuter, und seine Offiziere wurden bei der Ankunft des Truppenschiffs Victoria in Malta vom Polizeiinspektor verhaftet, worauf das Schiff nach England abging. Die Landung der Verhafteten wird in Plymouth erfolgen, von wo sie in Sonderzug nach London gebracht werden. Die Times meint, es läge Grund vor zu glauben, daß Maßnahmen getroffen würden, ein Verfahren vor dem Kriegsgericht gegen alle aktiven Offiziere der britischen Armee, die Jameson nach Transvaal begleitet haben, sofort nach ihrer Ankunft in England stattfinden zu lassen.

Im Unterhause wurde am 17. Februar in der Adressdebatte das Amendement Harringtons, das sich für eine Amnestie zu Gunsten der irischen politischen Gefangenen ausspricht, mit 279 gegen 117 Stimmen abgelehnt. Atherley Jones beantragt ein Amendement, worin bedauert wird, daß nicht der ganze Grenzstreit mit Venezuela, entsprechend dess Wunsches Amerikas, einem Schiedsgericht unterbreitet werde.

Bulgarien.

Auf die Arie!

Vor Vaterchen Nikolai II. platt auf dem Bauche liegt Ferdinand, der Noburger. In der Thronrede, womit er nach der Umlaue Vorwiegens die Volksvertretung, die Sobranje, schloß, heißt es: „Der bei den Großmächten zum Zwecke der Anerkennung des gegenwärtigen Standes der Dinge in Bulgarien unternommene Schritt hat, wie bereits bekannt, eine günstige Aufnahme gefunden. Diese erfreuliche Lösung der internationalen Krisis, in der sich unser Staat seit vielen Jahren befand, verdanken wir nicht minder dem besonderen Wohlwollen Sr. Majestät des Kaisers aller Russen Nikolaus für Bulgarien. Dank diesen für uns kostbaren Gefühlen hat der Kaiser von Russland dem bulgarischen Fürstenhouse die Gnade erwiesen, vor dem heiligen Altar die Patenschaft bei unserem ältesten Sohne, dem Thronfolger von Bulgarien, Sr. Hoheit dem Prinzen Boris, Prinzen von Tirnowo, zu übernehmen und die unterbrochen gewesenen politischen Beziehungen zwischen Russland und Bulgarien zu erneuern.“

Ferdinand will nun „König“ von Bulgarien werden, Schattenkönig von den Baronien. Erreicht hat er jetzt wenigstens die formelle Anerkennung seiner „Herrschaft“, nachdem er offen der Basall Russlands geworden ist.

Türkei.

Blut-Zahlen.

Über die armenischen Meheleien haben die Botschafter sämtlicher Mächte der Flotte eine tabellarische Zusammenstellung der vorjährigen Meheleien in den kleinasiatischen Provinzen der Türkei unterbreitet. Es sind in der Übersicht nur jene Berichte aufgenommen worden, die die Botschafter selbst als vollkommen verlässlich bezeichnen, die Meldungen der armenischen Geistlichen, wie die der englischen und amerikanischen Missionare protestantischen Bekennens wurden absichtlich unberücksichtigt gelassen. Ebenso sind die Opfer der Meheleien in den kleinen Ortschaften nicht mitgezählt, außerdem beziehen sich die Angaben nur auf jene Distrikte, aus denen den Botschaftern authentische Berichte zugänglich waren. Danach sind 24 655 Armenier niedergemordet, 1255 verwundet; die Zahl der getöteten Türken beträgt einige Hundert.

Rußland.

Russische Annexionsgesetze.

Die Russen haben einen Handstreich auf Korea gegen die neuen Schutzherrn, die Japaner ausgeführt. In der Nacht zum 10. Februar, so wird der Londoner Times aus Japan gemeldet, laudeten 200 russische Soldaten mit einem Feldgeschütz in Chemulpo und marschierten nach Söul, der Hauptstadt. Der König verließ heimlich den Palast und begab sich nach der russischen Gesandtschaft, wo er die Minister des Hochverrats schuldig erklärte. Zwei von ihnen wurden verhaftet und hingerichtet, die übrigen flüchteten. Der Tai-Won-Kun (Vetter des Königs) wird in der Gesandtschaft gesangen gehalten. Ein anti-japanisches Ministerium wurde gebildet. In Japan zeigt sich Erbitterung; das Parlament wurde für zehn Tage vertagt und ein Ministerrat abgehalten, dem die Militärs bewohnten. Es verlautet, der russische Gesandte habe erkläre, Russland sei „nicht verantwortlich“, es habe den „Schuh“ lediglich auf Erbuchen des Königs gewährt. Es wird jedoch allgemein geglaubt, diese Ereignisse seien der Vorläufer zur Herstellung eines russischen Protektorats über Korea. Den russischen „Schuh“ kennen die von Russland annexierten Völker.

Nordamerika.

Washington, 17. Februar. Senat. Bei den Verhandlungen über die Monroe-Doctrin erklärte David, die Vereinigten Staaten würden niemals einem gegenwärtigen Nebeneinkommen zwischen England und Venezuela zustimmen, das auf eine Gebietsverteilung des ersten hinauslaufen würde.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist dem Plan zur Errichtung einer neuen vereinigten Kommission, die aus zwei Engländern und zwei Amerikanern besteht, um das Thatsächliche bei dem Venezuela-Streitfall klar zu legen und einen Bericht an beide Regierungen zu erstatte, günstig gesinnt.

Präsident Cleveland hat dem Kongreß einen Notentwurf mit der deutschen Regierung über die Ausschließung der amerikanischen Versicherungsgesellschaften vorgelegt, der befandet, daß Deutschland zustimme, die Verhandlungen über diese Frage wieder zu eröffnen.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgesetzt thätig für die Werbung
neuer Abonnenten!

Hierzu eine Passage.

Sozialdem. Verein Alt-Leipzig.

Donnerstag den 20. Februar abends 1/2 Uhr

Oeffentl. Versammlung

im Restaurant Spies, Seeburgstraße.

Tagesordnung: Vortrag des Genossen M. Lorenz (Redakteur der Volkszeitung) über: Staatssozialismus. Hierauf Diskussion.

Bahreichen Besuch steht entgegen

[1479] Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein L.-Süd.

Donnerstag den 20. Februar abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Gambrinus zu C. Connewitz.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Steuerberichtigung. 2. Vortrag über: Zukunftstaatspläne der Vergangenheit. Referent: Gen. Jacobson. 3. Vereins- und Parteangelegenheiten. Einem zahlreichen Besuch steht entgegen

[1478] Der Vorstand.

Soziald. Verein L.-West.

Unsere Versammlung fällt diese Woche aus. Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Textilarbeiter u. Arbeiterinnen.

Donnerstag den 20. Februar abends 1/2 Uhr

Deffentliche Textilarbeiter-Versammlung

im Universitätskeller, Leipzig, Ritterstraße 7, I.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

[1492] Der Vorstand.

Referentin: Frau Steinbach aus Hamburg.

NB. Die Posamentenarbeiter werden alle eingeladen.

Der Einberufer.

Verein z. Wahr. d. Int. d. Schank- u. Gastwirte

von Leipzig und Umgebung.

Mittwoch den 19. Februar nachmittags 4 Uhr

Versammlung

im Thüringer Hof zu L.-Volkmarßdorf.

Tagesordnung:

Vortrag des Herrn Adé über: Gewerbliche Interessen.

Gämtliche Herren Kollegen sind hierzu eingeladen.

Der Vorstand.

Augustusbad, Voßstraße 15. (Herr: Kari Schubert.) Anstalt f. Naturheilverfahren u. Medizin. Rastendampf, Wannen, Rumpf- u. Sitzbader, Badungen, Massage, Wärme und alle medizinischen Bäder. Zur Ortskrankenfeste zugelassen.

Günthers Bier- und Speisehaus, Brühl 74.

Empfohlene Frühlinge Gemüse-Mittagstisch, à Portion 40 Pf.

Schleiterburg, Schleiterstr. 16.

Gente Grosses Bockbierfest.

Hierzu laden Freunde und Würmer freundlich ein.

H. Uhl.

Kleine Alberthalle, Georgenstr. 35.

Gente Großes Bockbierfest.

Ergebnis lädt ein.

[1482] Wilh. Strauch.

Internationales Welt-Restaurant

Zur Morgenröte.

Mittwoch abend verbindet mit musikalischer Unterhaltung. Dazu empfiehlt

Bockwürstchen u. selbstgebackene Pfannkuchen. Mettisch gratis.

Beyer August.

[1475]

Restaurant Kamerun, Plagwitz, Nonnenstr. 52.

Donnerstag grohes Schlachtfest. Sonntag Schweinauskegeln.

Um gütigen Aufspruch bittet

[1489] Hermann Richter.

Feinste Holländische Süßrahm-Margarine

Excelsior

gesetzlich geschützte Marke

aus den Van den Bergh'schen Margarine-Fabriken Cleve und Rotterdam ist das beste von allen im Handel vorkommenden Fabrikaten.

[805]

Zu haben in allen Kolonialwaren- und Buttergeschäften.

Ia. Radbruch-Schmalz

à Pfund 48 Pfg.

Ia. bayerische Schmelzbutter

à Pfund 90–100 Pfg.

Mehl in diversen Sorten und Hefe

zu billigsten Preisen offeriert

[1268]

F. Beerholdt, Markt 5.

PATENTE. Gebrauchs-Muster.

Markenschutz beim Kaiserl. Patentamt besorgt:

Ed. Breslauer, Ingenieur, Goethestr. 1, vom 1. April Goethestr. 7.

Berantwortlicher Redakteur: Mag. Lorenz in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig,

Ausstellung Leipzig 1897

Schluss der Anmeldungen: 15. April 1896.

Programmauszug

Vogelperspektive Situationsplan

gehen in diesen Tagen allen Interessenten zu.

Auskunft durch die Geschäftsstelle:

Leipzig, Nikolaikirchhof 4.

Café Ehrlich

Ecke Katharinenstr. u. Böttchergrässchen.

bringt seine frdl. u. rauchfreien Lokalitäten in gerechte Erinnerung. 3 Billards & St. 30 Pf. Biere u. Speisen hochst. Aufmerksam. Bedien.

Arbeiterverein

Großschocher-Windorf. Morgen Mittwoch, 19. Februar, abends 1/2 Uhr im Gasthof an der Mühle

Vortrag

von Frau E. Schreiber, Lindenau, über: Unterleibsfeldern der Frauen. Bittrit für Frauen. Gäste willkommen. Bahreichen Besuch steht entgegen

[1487] D. o. Sonnabend Diskussion.

Auktion.

Lindenau, Zur grünen Eiche,

verstiegere Mittwoch von 10 bis 4 Uhr 5 Cir. hoh. harte Kerbelat., Blut, Leber- und Weißfleisch, Speck, Schwarzfleisch, Cognac, Motivin, Cigarrin, 1 Portion Hüte. J. A. Renter, Auctionator.

Kartoffeln à Meze 16 Pf., Zwiebeln à Meze 22 Pf., Saucerkraut à Pf. 8 Pf., Prechelberren à Pf. 22 Pf., Quart à Pf. 16 Pf. E. Friedrich, Görlitz, Obere Blumenstraße 76. [1485]

Haararbeiten und Böpfe jeder Art fertigt, Puppenköpfe.

Lindenau, Marienstraße 24, II.

Verloren am Sonnabend um 12 Uhr, Gutenbergs

bis Stiftsstr. ein Portemonnaie m. 52,50 M.

Der ehel. Finder w. gebet, dasselbe geg. Belohn. Thomberg, Kirchweg 7, II. o. abz.

1 Portemonnaie m. 27 M. Inh. verl. Abg. geg. Belohn. Sellehausen, Grenzstr. 16 p.

Dachshund entlaufen, Steuerzeile, 3160, Burgkunstadt, gegen Belohnung

Leipzig, Burgkunstadt, bei dem Oberkellner.

Cigarrenarbeiter sowie Cigarrenarbeiterinnen (Handarbeiter) werden angenommen, Görlitz, Hauptstraße 23 b, part. [1491]

Einen Lehrling sucht K. Roll, Schmiedemeister, L. Schleifig. [1492]

Ein Knabe, welcher Lust hat, Tänzer zu werden, gesucht. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes. [1281]

Aufwartung für nachm. (1–2 Stund.) gesucht Windmühlenstr. 52, IV. 1.

Zückige Plätzchen sucht Stelle. Offert unter T. in die Exped. d. Bl.

Die besten Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit H. Helm. Kupfer u. Frau L. Connewitz, Herrn H. Kupfer u. Frau geb. Diele, Connewitz, d. herzl. Glückw. s. silb. Hochz. Familie Diele.

Ich gratuliere m. 1. Bater W. Rudolph zu seinem Geburtstage. D. L. Auguste.

Die herzl. Glückwünsche Herrn K. Heidrich zu seinem heutigen Wiegensepte sendet G. W. Unferm Küster K. H. zum heutig. Wiegensepte Küster, es ist bloß wegen ein Fehlzeit.

Es gratulier. Herrn u. Frau Kupfer, Connewitz, zur Silbernen Hochzeit Die Geschwister.

Den beiden Kupferschen Ehe-Zubläufen ein fröhliches Hoch in Connewitz. Die Geschwister.

Herrl. Glückw. auf. Ich Schwang. u. Schwester Kupfer s. silb. Hochz. D. Geschwist. W. Jähn.

Herrl. Glückw. auf. Ich Schwang. u. Schwester Kupfer s. silb. Hochz. H. Helm. Kupfer und Frau in Connewitz. Nu, rate mal.

Ein 99 mal donnerndes Hoch der Frau Böhmk in L. Kleinschöner zu ihrem 88. Burzeljause, daß die ganze Auslage wackelt und die Inhaberin Polka tanzt.

Herzlichen Dank.

Burzligefähr vom Grabe unserer unvergleichlichen Elsa sagen wir allen Verwandten, werten Nachbarn, Freunden und Kollegen sowie mir Fernstehenden für die herzliche Teilnahme und für den überaus reichen Blumenschmuck unseres aufzuhalt.

Dant. [1478]

Leipzig, den 17. Februar 1896.

E. Büssler und Frau geb. Engert.

Oskar Hoffmann

empfiehlt sein assortiertes Lager von

Herrenwäsche, Krawatten, Hosenträgern, Tricotagen, Regenschirmen, Glacé- und Stoff-Handschuhen.

Ede Lanzen und Mittelstraße

Eing. Lanzenstraße.

Pracht. Lipotomane 82 M., Vert.

Scz., 2 Vert. m. Matz., Spieg. m.

Schr., Stühle, Tisch, seine Blüschottom.

und verschiedenes für jeden Preis zu verkaufen.

Überhardstraße 4, I. links.

Monatsgarderobe.

Empfiehlt allerfeinste Winterpaleots, Mäntel, kompl.

Anzüge, einzelne Jackets, Hemden,

Regenschirmen, Glacé- und

Stoff-Handschuhen.

Ede Lanzen und Mittelstraße

Eing. Lanzenstraße.

Pracht. Lipotomane 82 M., Vert.

Scz., 2 Vert. m. Matz., Spieg. m.

Schr., Stühle, Tisch, seine Blüschottom.

und verschiedenes für jeden Preis zu verkaufen.

Überhardstraße 4, I. links.

Ede Glacé- und Stoff-Handschuhe.

Sumatra-Ausschuss.

Hochfeine 3 Pf. Cigarre

100 Stück Mr. 2.75 [1486]

1000 Stück Mr. 20.—

1. Beilage zu Nr. 40 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag 18. Februar 1896.

Reichstag.

42. Sitzung vom 17. Februar, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesrats: Brunsart v. Schellen-

borff, v. Bötticher.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt

Präsident v. Busch: Der Abg. Stadthagen hat in seiner Rede vom vergangenen Sonnabend den Herrn Kriegsminister mit Theaterspielen verglichen, und zwar mit solchen, deren Charakter für den Herrn Kriegsminister nicht nur nicht schmeichelhaft, sondern beleidigend ist, ich muss deshalb den Abg. Stadthagen, nachdem der Zusammensetzung, in dem er diese Gegenüberstellung gebracht hat, deutlich vorliegt, nachdrücklich zur Ordnung rufen. (Befürwortung rechts.)

Die zweite Beratung des Reichshaushaltsgesetzes wird fortgesetzt im Etat der Militärverwaltung.

Beim Kapitel Militärgesellschaft leistet weiß

Abg. Klingens (3.) darauf hin, dass für die katholische Seelsorge nicht in dem Maße Sorge getragen sei, wie für die evangelische. Das habe auch die Militärverwaltung dadurch anerkannt, dass sie Versuche gemacht habe, diesem Uebelstande abzuholzen. Ferner fragt Redner, ob die evangelischen Offiziere, welche eine Katholikin heiraten, bei der Konfessionsherstellung irgend welche Schwierigkeiten finden. Seit 1850 haben wir in Preußen die Garantie der Gewissenfreiheit; auch das Deutsche Reich sollte dieselbe schützen, sie ist aber beinträchtigt worden für die Offiziere, denen verboten wird, für ihre Kinder die katholische Erziehung zu verpflichten. Für keine andere Beamtenklasse besteht eine solche Vorschrift. Heute ist der Kirchenbesuch manchmal auch Sonntags durch Appelle u. s. w. beeinträchtigt.

Generalmajor v. Spitz: Wenn der Vorredner dafür plädierte, dass der religiöse-tümliche Sinn in der Armee gepflegt und aufrecht erhalten werde und die Gleichberechtigung der beiden Konfessionen beobachtet werde, so sind diese Ausführungen der Militärverwaltung durchaus sympathisch. Verhandlungen über die Kirchenordnung schweben lediglich im preußischen Kultusministerium.

Die Schwierigkeiten liegen mehr auf katholischer als auf evangelischer Seite. Sollte irgend einem Soldaten durch einen Vorgesetzten die Erlaubnis zum Besuch der Kirche abgeschlagen werden sein, so wäre dies eine Dienstwidrigkeit gewesen. Die Frage, ob ein evangelischer Offizier, der eine katholische Dame heiratet, davon Unzuträglichkeiten hat, kann ich, wenn sie so gestellt ist, absolut verneinen. Die Einstellung von Rekruten am Sonntag soll nach den getroffenen Anordnungen nicht mehr kommen.

Beim Kapitel Militär-Justizverwaltung beschwert sich Abg. Speiser darüber, dass ein Gefangen im Festungsgefängnis zu Ulm von dem Offizier die Briefe, welche sein Vater an ihn richtete, vorerhalten worden sind.

Württembergischer Bevollmächtigter Generalmajor v. Watter: Die Briefe sind vernichtet worden, nachdem der Soldat davon Kenntnis genommen hatte. Der Offizier glaubte sich auf Grund einer falsch verstandenen Bestimmung der Militär-Stafsvollstreckungs-Ordnung dazu berechtigt. Seine falsche Auffassung ist aber vom Kriegsministerium rektifiziert worden.

Beim Kapitel "Geldverpflegung" bemängelt es

Abg. Richter (fr. v.): dass ein Regimentskommandeur von der Stadt Hamburg Wohnungsgeld erhält.

Kriegsminister Brunsart von Schellenborff: Meines Wissens ist bei Abschluss der Konvention zwischen Preußen und dem Senat von Hamburg vom Senat angeboten worden, dem Regimentskommandeur eine Wohnung zu stellen.

Abg. Richter: Wenn die Sache so läge, wäre es richtig, diese 3000 M. auf den Reichstag zu bringen.

In der unverbindlichen Debatte weist bei dem Titel "Mannschaften" auf.

Abg. Richter darauf hin, dass Balanzen in den Unteroffizierstellen in wenigen Ausnahmefällen eintreten. Trotz der Vermehrung der Zahl der Unteroffizierstellen um 10 000 konnte der Bedarf jetzt leichter gedeckt werden. Das liegt daran, dass den Deutzen durch das dritte Dienstjahr der Militärdienst nicht verleidet ist.

Abg. Graf Moon (fr.): dankt dem Kriegsminister für die Zusage bezüglich der Besserstellung der Militärmusikmeister, namentlich bezüglich der Pensionierung.

Bei den Dienstprämiens für die Unteroffiziere tadelte während der letzten drei Jahre erhebliche Etatsüberschreitungen, und zwar von 1 800 000 M. vorgenommen sind.

Major Wachs: Die Budgetkommision hat den Gründen, die die Militärverwaltung bestimmt haben, von einer Erhöhung des Etatsaufwandes abzusehen, zugestimmt.

Beim Kapitel "Naturalverpflegung" kommt

Abg. v. Güttlingen (fr. v.): auf den Antrag wegen Verabreichung einer warmen Abendkost an die Mannschaften zurück. Sollten die Mittel nicht anders aufzubringen sein, so empfiehlt sich eine Wehrsteuer und zwar eine progressive Wehrsteuer für diejenigen, welche vom Militärdienst frei geblieben sind.

Generalmajor v. Gemmingen: Die Militärverwaltung kann nur darbar sein für die Anregung. Über die Berechnung des Bedarfs wird sich eine Vereinigung erzielen lassen, wenn erst der Mittel überhaupt beschafft werden können, das ist aber nicht erreicht worden.

Abg. Richter (fr. v.): Schon am Donnerstag habe ich von dieser Forderung gesprochen. Ich habe gleich erklärt, dass diese Forderung von den Sympathien aller Parteien getragen würde; ich hoffte daran die Anerkennung, dass man um so sparsamer sein müsse gegenüber den Marineländern. Eine Wehrsteuer-Vorlage ist schon einmal ziemlich klargestellt im Reichstage verschwunden; die Regierung hat keine weiteren Versuche mehr gemacht.

Abg. Grüber (3.): Der Antrag soll wohl nur eine Anregung geben für die Militärverwaltung.

Abg. v. Freyze: Neue Steuerprojekte sollte man mit dieser Frage nicht verbinden.

Abg. v. Güttlingen (fr. v.): erklärt sich bereit, um einen Entschluss des Reichstages herbeizuführen, seinen eigenen Antrag zurückzuziehen.

Abg. Hammacher (nat.): Der Antrag Grüber ist jedenfalls vorstichtiger als der des Herrn v. Güttlingen; über diesen Antrag werde man sich verständigen können.

Abg. Richter: Die Deckungsfrage ist die Hauptfrage; billiger als mit acht Millionen wird man nicht wegkommen. Wenn man neue Steuern sucht, dann sollte man an die einkommenden Steuern auf die Gütekosten denken; eine Steuer auf Titel und Adelsverhältnisse würde eine hübsche Summe einbringen. (Heiterkeit.)

Abg. Bebel (Soz.): Wir sind der Meinung, dass der Staat verpflichtet ist, die Soldaten, die in die Kasernen gezwungen werden, auch richtig zu ernähren, damit nicht die Familien noch größere Opfer bringen müssen für die Ernährung ihrer Söhne. Über wie müssen verlangen, dass uns mitgeteilt wird, was die Sache kostet und wie die Mittel aufgebracht werden. 8-9 Millionen reichen nicht, wenn die Abendkost gewahrt wird, die das Reichs-Gesundheitsamt dafür beansprucht. Es waren in dem Gesundheitsbericht 15 Pf. das für angefechtet, also höchstens 1 M. im Jahre 52 M. Wenn auch die Truppe eine Reihe dazu nicht verpflichtet ist, abhalten, Militärarzt zu werden.

von Wochen schon richtig verpflegt wird, so werden immerhin nach meiner Rechnung 20 Millionen Mark notwendig sein. Für die Bewilligung indirekter Steuern zu diesem Zwecke sind wir nicht zu haben.

Damit schließt die Diskussion; die Abstimmung wird bei der dritten Sitzung erfolgen.

Beim Kapitel "Beliebung und Ausrüstung der Truppen" weist der Redner "Abg. v. Poddelsky" darauf hin, dass die Budgetkommision an dieser Stelle über die Unterbringung der Beliebungsbüro und über den sogenannten Ledering verhandelt habe. In bezug auf den letzteren sei festgestellt worden, dass jeder Gerber dem Kluge beitreten könne.

Abg. Bebel (Soz.): Ich habe bei der Diskussion nicht an-

erkannt, dass die Gerbervereinigung so zweifellos un-

anfechtbar sei, dass nicht die außerhalb desselben stehenden Gerber und die Militärverwaltung geschädigt werden. 1894 hat das Kriegsministerium eine Verordnung an die Gerbervereinigungen erlassen, welche einen Wink mit dem Bauplatz enthielt.

Es waren höhere Preise für Leder gezahlt worden, als sie den Marktpreisen entsprachen. Die freihändigen Ein-

käufe haben billigere Preise für dieselbe Qualität Leder ergeben als die Einkäufe von der Gerbervereinigung. Von Sachverständigen wird behauptet, dass die kleinen Gerber ihr Leder, trotzdem an der Qualität nichts auszusehen war, nicht abholen konnten; man verwendete allerhand Durchstechereien dabei. Die "Frankfurter Zeitung" hat sich mit dieser Frage beschäftigt und hat die Behauptungen des Herrn Möller in dieser Angelegenheit widerlegt. Herr Möller hat das Verfahren des X. Armeekorps gelobt und gerade der Vorsteher der Gerbervereinigung und 7 andere Betheiligte sollen wegen Bestechung von Beamten von den Konkurrenz ausgeschlossen sein. Man wird also wieder zum freihändigen Einkauf zurückkehren müssen, der keine Nachtheile im Gefolge gehabt hat, während die Gerbervereinigung bedenklich wirkt. Ich werde bei anderer Gelegenheit nachweisen, wie die Militärverwaltung der Aussichtung gewisser Unternehmerkreise verfällt.

Generalmajor von Gemmingen: 10 Armeekorps arbeiten mit Gerbervereinigungen und zwar hauptsächlich die Armeekorps, welche im Osten liegen, entfernt von den Städten, welche das Schuhleder produzieren. Der Erlass von 1894 hatte den Zweck, eine missbräuchliche Steigerung der Preise zu verhindern, und dieser Zweck ist auch erreicht worden. In Hannover ist wegen Besteckung eines Unteroffiziers, eines ganz gemeinen Haushalts, der Gerbervereinigung und einigen anderen beteiligten Fabrikanten gefordert worden. Der befreite Unteroffizier hatte gar keine Macht, den Fabrikanten zu helfen. Die Gerbervereinigung hat gute Wirkung gehabt; es ist ein guter Vorwurf vorhanden und in bezug auf die Güte haben wir keine schlechten Erfahrungen gemacht. Der Artikel ist von einem Redakteur, nicht von einem Fabrikanten und daher sehr begreiflich; denn es sind mehr als 30 Agenten dieser Branche vollständig verschwunden.

Abg. Richter (fr. v.): Ich sehe die Sache jetzt weniger günstig an als in der Kommission. Ich habe mich unterrichtet lassen von einem Sachverständigen, der sich niemals an Viezerungen beteiligt hat. Es ist ein eigenartiger Vorgang. Man will den Zwischenhandel bekämpfen, man will mit den Produzenten in Verbindung treten. Das hat sich als unmöglich ergeben und man hat sich stattdessen eine Zwischenstation geschaffen, die den Zwischenhandel vertritt. Man hat die Gewerbe-Vereinigungen geschaffen und einen Geschäftsführer, dafür, der 4 p. v. Provision bekommt, aber dafür die Kosten zu tragen hat. Ein Monopol kann für die großen Firmen früher nicht vorhanden, sie hatten kein ausschließliches Recht und konnten jeden Augenblick durch andere Viezerungen ersehen werden. Das jeder Gerber sich der Vereinigung anschließen kann, ist theoretisch sehr schön. Aber die vorhandenen Mitglieder können ihn weggrauen, und wenn er auf seine Zulassung besteht, so hat der Leiter der Vereinigung immer noch allerhand Möglichkeiten, ihn zurückzuhalten. Es ist nicht jeder bereit, sich erst lange mit seinen Konkurrenten um die Zulassung herumzustreiten. Das die Sache nicht musterhaft funktioniert, beweist das Birkular von 1894 und der Vorgang in Hannover. Wir wollen die Militärverwaltung unterstützen, in dem Bestreben, preiswürdige Waren zu erhalten. Wir sind einverstanden damit, dass die Bekleidungsbüro die Einkäufe machen. Aber ob die Vereinigung bestehen bleibt soll, das lasse ich dahingestellt. Da die den Bekleidungsbüro vorstehenden Offiziere von der Sache nichts verstehen, so nehmen die Viezerungen an, dass die beteiligten Meister Einfluss auf die Entscheidung haben. Jetzt will man alte Offiziere einstellen, welche längere Zeit dabei bleiben und dadurch sachverständiger werden.

Abg. Hammacher (nat.): Es handelt sich nicht um solche Eventualitäten, dass einmal Durchstechereien vorkommen; da muss der Verlehr natürlich sofort abgebrochen werden, sondern um den dauernden Verlehr; und die Einrichtungen haben sich doch als so gut erwiesen, dass man der Militärverwaltung nicht in die Arme fallen sollte.

Generalmajor v. Gemmingen: Der Unteroffizier ist ein Meister, aber nicht der Meister, welcher Einfluss hat. Bei den Ausgaben für Servis bemängelt der Abgeordnete Hammacher, dass in Minden verkehrsreiche Unteroffiziere sich selbst Wohnungen mieten müssen, wofür sie nur einen Servisbetrag erhalten, der die Miete nicht deckt.

Generalmajor v. Gemmingen: Die verkehrsreichen Unteroffiziere sind 1898 aus den Kasernen ausgezogen, um für die Mannschaften Raum zu schaffen. Das soll wieder umgedeutet werden.

Abg. Richter: Einige Bezirksfleischwerke erhalten städtische Aufschüsse, weil man wohl Mittel mit ihnen hatte, da sie ihre Wohnung vom Servis allein nicht bestreiten konnten. Solche Zugaben aus städtischen Mitteln sollten nicht gestattet sein.

Abg. Grüber (3.): Die Frage der Unterbringung verkehrsreicher Unteroffiziere ist vom Reichstag noch nicht erörtert worden, trotzdem sie zusammenhängt mit der ganzen Frage der Konsolidierung.

Generalmajor v. Gemmingen: Das Bedürfnis besteht nicht bloß in Minden, sondern auch an anderen Orten. Bei Neubauten sind für jede Kompanie oder Schwadron drei Familienwohnungen vorgesehen.

Beim Kapitel Militär-Medizinalwesen führt

Abg. Richter aus, dass die Absicht, durch Gewährung von Prämien an die Studirenden die Balanzen unter den Militärärzten zu befestigen, versagt ist. Die Prämien sollen 600 M. jährlich betragen. Man sollte sie lieber verwenden zur Aufbesserung der Gehälter. Ich kann nur beantragen, die Mehrforderung für die Prämien abzulehnen.

Major Wachs: Die Lücken in den Reihen der Assistenzärzte, welche jetzt 86,7 p. v. betragen, sollen ausgefüllt werden, damit wir im Frieden und im Kriege nicht in Verlegenheit kommen. Deshalb kann eine Erhöhung der Gehälter bei den höheren Stellen das Bedürfnis nicht decken.

Abg. Richter: Schon vor 50 Jahren haben militärische Sachverständige sich für die Aushebung der besonderen Institute ausgesprochen. Wenn es gelänge, die Zahl der Assistenzärzte von 800 auf 900 zu vermehren, so würde es dreimal länger dauern, die höheren Stellen zu erringen. Das würde jeder Arzt, der

Beim Kapitel: Neukosten u. s. w. fragt Abg. Bebel, wie es mit der Revision der Neukostenreglements steht.

Ein Vertreter des Bundesrats erklärt, dass die Militärverwaltung wiederum bei der Reichs-Finanzverwaltung wegen dieser Revision vorstellig geworden ist. Es ist aber wünschenswert, dass in Übereinstimmung mit Preußen vorgegangen wird. Preußen will aber nicht vorgehen, ehe nicht die Gehaltsanpassung für die Beamten eingetragen ist und die Eisenbahntarife neu geordnet sind. Eine Wideransage wird wohl nicht entstehen, sondern eher eine Mehrausgabe, denn wenn die Neukosten verminder werden, so besteht man auf einer Erhöhung der Zölle.

Abg. Bebel (Soz.): Diese Antwort hatte ich erwartet; die Sache sieht also auf dem alten Block. Warum sollen wir uns dann nach Preußen richten; dieses kann sich ja einmal nach dem Reiche richten. Ich werde nächstes Jahr, wenn die Sache nicht auf ein anderes Geleiste kommt, einen bestimmten Antrag stellen.

Zu diesem Titel liegt ein Antrag v. Poddelsky vor: "den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, dass die nach § 9 Biffer 1 des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 18. Februar 1875 und vom 21. Juni 1887 vom Bundesrat von Zeit zu Zeit festzustellenden Vorspannvergütungssätze zulässig so hoch bemessen werden, dass für diese Sache die nach § 8 des angeführten Gesetzes in erster Linie vorgeschriebene Sicherstellung des Vorspanns für die auf Wärtschen, in Lagern oder in Kamptionen befindlichen Theile der bewaffneten Macht durch Ermittelung ermöglicht wird, was bei der jehigen Höhe der Vorspannvergütungssätze ausgeschlossen ist."

Der Antrag wird angenommen.

Um 5 1/4 Uhr wird die Beratung abgebrochen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Anträge betr. bish. Vereinsrecht.)

Gerichtssaal.

Auch eine Majestätsbeleidigung. In öffentlicher Sitzung verhandelte am Montag die 8. Strafkammer des Landgerichts I Berlin gegen den Tischler Karl Christian Gundt eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung. Der Angeklagte gezeichnet im Dezember vorigen Jahres als verantwortlicher Bediente des anarchistischen "Sozialisten". In der Nummer vom 21. Dezember vorigen Jahres erschien in dem Blatte folgende Notiz: "Das allgemeine Ehrenzeichen hat der Tischler W. erhalten, der in Königsberg als Wachposten einen Mann tödete und einen zweiten verwundete. Er ist außerdem zum Gefreiten befördert worden." Mit gelertetem Druck war hinzugefügt: "Nun also! Warum sitzt denn nun unser Genosse Wible?" In diesem Zusatz wurde eine Majestätsbeleidigung gefunden. Im September v. J. war ein Vorgänger des Angeklagten, der Zigarrenmacher Wible, von der neunten Strafkammer des Landgerichts I wegen Majestätsbeleidigung zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden und zwar aufgrund einer Notiz, wonach ein Gendarmer Hoffmann am 25. Geburtstage der Schlacht bei Mars-la-Tour zwei Tagelöhner schwer verwundet haben sollte. Diese Mitteilung war mit dem Zusatz versehen gewesen: "Es soll uns wundern, ob der Gendarmer nicht das Allgemeine Ehrenzeichen bekommt." Staatsanwalt Kanzow hielt auch im vorliegenden Falle eine Majestätsbeleidigung für vorliegend. In der Mittheilung der einfachen Thatfache könnte etwas Beleidigendes nicht gefunden werden, wohl aber in dem Zusatz, "Es liege darin die Behauptung, dass der Kaiser diejenigen Soldaten bestrafe, welche auf den Bürger mit der Waffe losgingen. Wenn nun ein Soldat in die traurige Lage gekommen sei, so sei es doch klar, dass der Kaiser ihm nur deshalb Anerkennung solle, weil er seiner Pflicht und Instruktion genau gehandelt habe und um ihn vor Gewissensbissen zu bewahren. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Biber, meinte, dass es nicht nötig sei, den beanstandeten Zusatz so auszulegen, wie es seitens des Staatsanwalts geschehen sei; die Anklage komme ihm als zu künstlich aufgebaut vor und er beantragte deshalb die Freisprechung. Der Gerichtshof nahm an, dass der Angeklagte durch den Zusatz nur habe ausdrücken wollen, dass die frühere Verurteilung seines Genossen Wible zu Unrecht erfolgt sei. Die Absicht einer Majestätsbeleidigung liege nicht vor und sei deshalb ein freisprechendes Erkenntnis gefasst worden.

"Der sogenannte Ritualmord", so war ein im antisemitischen "Generalanzeiger" vom 6. Oktober v. J. erschienenes Article, betitelt, aufgrund dessen der Redakteur Karl Sedlacek sich am Montag vor der 8. Strafkammer Landgerichts I Berlin wegen Gottesträumer und Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft und ihrer Einrichtungen und Gebräuche zu verantworten hatte. Ein aus dem Orte Garano-Kis-Sato in Nagoya gemeldetes Vorkommen, bei welchem es sich um einen angeblichen Ritualmord handeln sollte, hatte Anlass zu einem Artikel gegeben. In diesem wird dem Judentum vorgeworfen, dass es trotz aller schlimmen Erfahrungen der letzten Jahre nicht einmal von den schlimmsten aller semitischen Verbrechen, von dem Gemorden christlicher Kinder zu gottesdienstlichen Zwecken ablässt. Es heißt dann weiter: "Und solcher Unthalten bedarf das Judentum alljährlich, um sein Osterfest und seine große Festwoche" mit dem "Verhöhnungstage" in einer dem Judengott wohlgefälligen Weise feiern zu können". Nach weiteren Angaben gegen die "Hebräer" sagt der blödsinnige Artikel dann weiter: "Und das Blut eines unschuldigen Christenkinds wird dann getrocknet und zu Pulver gebracht, und die Agenten des ritualen Mörder-Geheimbundes bringen dann je eine kleine "Pille" der verunreinigten Feindselde den einzelnen Judengemeinden, deren Rabbi die Pille heilig im Osterwein, heilig im Osterluchen auflässt, um die ganze Gemeinde an dem Feindesmahl teilnehmen zu lassen." Der Angeklagte betritt seine Schuld. Sein Vertheidiger Rechtsanwalt Dosing beantragte, die Herren Dr. Eck, Professor Dr. Nohling, Wahrer Eckert und Kaplan Dabach darüber zu vernehmen, dass der Ritualmord wirklich existiert und dass der Judengott ein anderer Gott sei, als der, der durch § 166 geschützt werden soll. Staatsanwalt Kanzow hält die Thatbestandsmerkmale des § 166 für vollständig erfüllt. Der Judengott sei derselbe Gottesbegriff, wie der der christlichen Kirche im alten Testamente. Der Artikel richtet sich nicht gegen die jüdische Rasse, sondern gegen die jüdische Relig

heutiger Zeit dem Nassenbasse und Klassenbasse überall energisch entgegentreten werden müsse, beantragte er gegen den Angeklagten drei Monate Gefängnis. — Der Angeklagte und sein Vertreter bestreiten, daß es sich um einen Angriff auf die jüdische Religionsgemeinschaft handele. Der Angriff reichte sich vielmehr gegen die jüdische Rasse und gegen den Talmudgott, der durch den § 106 nicht geschützt werde, da er einen vollständig anderen Gottesbegriff darstelle. — Der Gerichtshof war der Ansicht, daß der Ausgang durch § 106 ebenso geschützt werden solle, wie der Christengott, und daß sich der Artikel gegen die jüdische Religionsgemeinschaft richtete. Dagegen hat der Gerichtshof die strafbaren „beschimpfenden Neuerungen“, die etwas anderes als bloße Verleumdungen seien, vermißt und deshalb auf Freisprechung erkannt.

Aus der Wahlgesetzkommission.

G. Dresden, 17. Februar.

Die Gesetzgebungsdeputation trat am 15. Februar zu einer Vorberatung über den Wahlgesetzentwurf zusammen und beschloß zunächst eine allgemeine Debatte über den Entwurf einzuleiten.

Vizepräsident Streit äußerte dabei den Wunsch, den Entwurf möglichst schnell zu beraten, damit nicht noch mehr Unruhe im Lande entstehe.

Abg. Minckwitz war dagegen der Ansicht, daß seine Ursache zur Eile oder fursorischen Behandlung des Entwurfs verlängere.

Als Referent wurde Abg. Müller gewählt, nachdem Streit aus Gesundheitsgründen abgelehnt hatte. Die Deputation beschloß die nächste Sitzung Montag den 17. Februar abzuhalten.

Sitzung vom 17. Februar.

Geh. Reg.-Rat Merz: Da die Mehrheit der Parteien in der Kammer mit dem vom Abg. Mehnert am 10. Dezember in der Kammer entwickelten Grundzügen für ein neues Wahlgesetz einverstanden war, hatte und hat die Regierung keine Erwögung darüber anzustellen, ob ein anderes der verschiedenen Einzeländern geltenden Wahlsysteme, als das vorgeschlagene in Sachsen einzuführen sei. Das vorgeschlagene System entspricht dem Wunsche der Mehrheit. Die Regierung habe das preußische System geprüft. Es habe Schattenseiten, deshalb sei es nicht unabgeändert aus Sachsen anzuwenden. Die Kritik habe ihren Hauptgrund in der beispielweisen Ableitung der Klassen, die Ungleichheiten und Verwirrungsschäfe. Auch habe es einen plutoptokratischen Charakter. Diese Nebenstände müssten vermieden, resp. abgemildert werden für unser System. Das ist geschehen. Ich betone gegenüber ausgesprochenen Zweifeln, die Verfassung bleibt durch die Änderung unverändert. Darauf erklärt Redner den Entwurf nach der formellen Seite hin. Warum andere als direkte Steuern nicht zur Grundlage der Bemessung des Wahlrechts und der Klasseneinteilung genommen werden könnten, das ist in den Kammerverhandlungen schon erläutert worden. Redner führt die künftige Einteilung der Wahlbezirke Dresdens als Beispiel vor und meint, eine Erzung der Urwahl sei nicht möglich. Jeder Urwähler übe das gleiche Wahlrecht aus, (11) und zwar gelte das geheime Wahlrecht.

Minister v. Mehnert: Die Regierung hat seinen Schrift ins Dunkle gemacht; sie wird den Mitgliedern der Deputation und der Kammer statistisches Material vorlegen.

Abg. Preibisch (natt.): Ich kann eine unabdingte Notwendigkeit für die Änderung des Wahlrechts nicht anerkennen und verzweifele auf meine Ausführungen in der Kammer. Es ist höchst zweifelhaft, ob der Antrag der Mehrheit vom 10. Dezember so ausreichend werden konnte, daß ein neues Wahlgesetz kommen sollte. Zweifelhaft ist auch, ob die Regierung oder die Kammer die Initiative für die Änderung ergriffen hat. Mehnert hat die Grundprinzipien eines etwaigen neuen Systems damals nur im Namen seiner Partei erläutert. Von nationalliberaler Seite wurde damals auf das neue Leipziger Wahlsystem für die Stadtverordneten hingewiesen, das von dem hier vorgeschlagenen stark abweicht. Warum soll denn mit der Änderung so geistig werden? Hat man denn schon andere Wahlsysteme — Pluralsystem usw. — geprägt? Die Blauhüter, wie man es nennt, die allgemeine Wehrpflicht, kommt bei einer Änderung in Betracht. Es ist richtig, man nimmt das Wahlrecht nicht vom Weg, aber man verhindert es.

Abg. Minckwitz: Mit dem Antrage, resp. der Resolution vom 10. Dezember sollte, soweit ich weiß, nur den Sozialdemokraten, die sich mit ihrem Wahlrechtsantrage wieder hervorgehoben hatten, bestimmt werden. Von einem neuen Wahlgesetz war nicht die Rede. Wenn ich selbst eine Änderung des Wahlrechts ins Auge gefaßt hätte, so nur nach der Seite, daß an Stelle der relativen die absolute Mehrheit treten soll. Von anderer Seite hat man eine Erhöhung des Census bis ca. 6 M. gewünscht. Ein Zwang, ein neues System einzuführen, ist nicht vorhanden. Unter dem alten Gesetz haben wir uns wohl befunden. Das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen schreibe ich der Einwanderung mit zu, obwohl man das statistisch nicht nachweisen kann, weil seine Statistik da ist. Ich sage, selbst 20 sozialdemokratische Abgeordnete in der Kammer sind uns nicht gefährlich. Es muß doch ein Ventil für die Ableitung der Parteistimme vorhanden sein und das erlaube ich in der Wahl von Sozialdemokraten. Der plutoptokratische Charakter des preußischen Systems ist in dem Gesetzentwurf sehr wenig gemindert.

Abg. Herrfurth (national.): Die Mehrheit meiner Fraktion

hat sich mit den Grundzügen Mehnerts einverstanden erklärt. Wenn man auch nicht sagen kann, daß das Gesetz ist unabdingt nötig, so halte ich doch eine Änderung für sehr angezeigt. Die Möglichkeit der Majorisierung in der Kammer durch sozialdemokratische Abgeordnete ist zu befürchten, darum muß man etwas thun. Heute haben wir noch die Möglichkeit, einen Meier vorzuschreiben. Bessereres, als dieser Gesetzentwurf, ist kaum zu bringen. Das Pluralsystem würde ebensoviel befriedigen. Die 3. Wählerklasse hat Chancen, obgleich das bestreiten wird. Sie mag sich mit den ersten beiden Klassen auf guten Fuß setzen. Nur darf die 3. Klasse keine sozialdemokratischen Wahländerungen wählen wollen.

Abg. Rostosky (konf.): Die Heze ist im Laufe zwar arg, aber wir halten unsere Kugel her. Ich behaupte, daß von der Mehrheit vom 10. Dezember sich einige Abgeordnete loslösen. Eine allgemeine Debatte hat ihrerseits Werte, wie haben von der Kammer gebundene Marschrouten. Mir macht der Gesetzentwurf keine Skrupel bezüglich meiner Arbeiter. Diese sehen mich als ihren natürlichen Führer an, nicht sozialdemokratische Führer.

Abg. Kühlmorgen (konf.): Ist es praktisch, eine allgemeine Debatte zu führen? Nein! Wir können nur zu unseligen Ausschließungen. Wir haben gebundene Marschrouten. Ich bitte, die allgemeine Debatte abzuschließen.

Vorstander Streit (Kammerförlage.): Der Wunsch nach allgemeiner Debatte ist ausgesprochen worden, er kann nicht unterdrückt werden, wenn ich auch meine, daß sie zu nichts führt.

Minister v. Mehnert: Herr Abg. Preibisch hat die Frage der Initiative hier wieder angeregt. Das halte ich für überflüssig, es würde doch nur eine akademische Diskussion ohne Wert sein. Ich konstatiere, am 10. Dezember hatte die Regierung keinerlei fertiges Wahlsystem in der Tasche. Schilt und Streit haben damals Mehnerts Antrag ausdrücklich zugestimmt im Namen der Mehrheit ihrer Fraktion. Die Regierung ist darum gerechtfertigt, sie wollte die Mehrheit der Parteien befriedigen. Ein Pluralsystem würde die arbeitende Klasse auch nicht befriedigen. Die Vorlage bietet Schwierigkeiten in der Ausführung, das gebe ich zu, aber die Behörden werden sie überwinden, ebenso gut, wie sie in Preußen überwunden worden sind.

Abg. Minckwitz (Fortschrift): Ich bleibe dabei, bei der Abfassung der Resolution vom 10. Dezember war von einer Änderung des Gesetzes noch keine Rede. Meine Unterschrift unter dem Antrage bindet mich demnach nicht. Ich gab sie nur, um die Sozialdemokraten mit ihrem Antrag abzuwenden. Von einer gebundenen Marschroute kann nicht die Rede sein.

Abg. Müller (konf.): Ich halte eine allgemeine Debatte ebenfalls nicht zweckmäßig, aber man darf einzelne nicht hindern, allgemeine Ausführungen zu machen. Ich meine, wir müßten über die beiden Grundzüge des Entwurfs: Indirektes und Klassenwahl system diskutieren.

Abg. Gutsch: Ich schließe mich dem Vorredner an. Eine Änderung des Wahlrechts halte ich für unabdingt nötig. Wir haben gebundene Marschrouten.

Abg. Preibisch: Ich habe mich nicht losgelöst von der Mehrheit, denn ich habe mich durch meine Unterschrift nicht verbindlich gemacht. In dem von mir vorgelegten Sinne halte ich schon damals meine Meinung fest und bin konsequent geblieben.

Da niemand mehr allgemeine Ausführungen machen mag, schließe die Generaldebatte ab und die Deputation geht zur Einzelberatung über.

Soziale Rundschau.

Berlin, 17. Februar. Die Holzarbeiter haben in ihrer letzten Versammlung beschlossen, heute die Forderungen nach 52 stündiger wöchentlicher Arbeitsdauer und 21 Mark Wochentagslohn den Meistern zu unterbreiten und zugleich die Arbeit niedergelegt.

Die Möbelpolsterer und Polstererinnen forderten bei einer 52 stündigen Maximalarbeitszeit einen Mindestlohn von 27 Mark für den Polsterer und 18 Mark für die Polstererin. Falls die Forderungen nicht bewilligt werden, soll die Arbeit niedergelegt werden.

Die Zahl der streikenden Konfektionsarbeiter hat 30 000 überschritten.

Die Schneidermeister der Herren- und Damen-Konfektionswaren führten in einer Versammlung heute mittag lebhafte Klage über die Haltung der Regierung und Presse ihnen gegenüber. Sie beschlossen die Bildung eines Ringes. Wie die Volkszeitung berichtet, findet am Mittwoch vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts eine Sitzung statt, der die Konfektionäre, Meister und Arbeiter, von beiden letzteren Kategorien je 120 Bevolligte, bewohnen sollen. Die Siebener-Kommission der Herren-Konfektionäre hat den Aufruf erhalten, vor dem Einigungsamt nicht mehr als zehn Prozent Kutscher zu bewilligen.

Dresden, 17. Februar. Gestern haben, wie das Berliner Tageblatt meldet, auch die Arbeiter der Damennähkönfektion die Arbeit eingestellt. Verschiedene große Geschäfte haben die Forderungen der Arbeiterinnen bewilligt.

Ist darum gleich jeder Kapellmeister berufen, dem Genie es nachzuhören?

Mohler ist sicher nicht ohne Geschick verfahren, manches gelang recht nett, manches wurde zu verb., oder zu trivial, vieles erschien ganz gehaltslos. Am meisten befriedigt der erste Akt und das Finale des dritten.

Um die Aufführung machten sich verdient Herr Knüpfel (Don Pinto), Herr Merkle (Gaston), Herr Schelpner (Ambrofio) und die Damen Fr. Baumann (Marlis), Fr. Osborne (Zue) und Fr. Kerne (Laura). So matt wie diese Kammerzofe Laura, so uninteressant und inhaltslos sind auch die übrigen Figuren gezeichnet, vielleicht mit Ausnahme des hornierten Don Pinto, dieses mit charakteristischer Komik ausgestatteten spanischen Bandenkunstlers.

Drauflos wirkt im Orchester das Mau der Oboe in der Katerromance.

B. St.

= Von Nordpolsohrer Nanzen. Aus Petersburg wird vom 17. Februar gemeldet: Aus Irkutsk (Sibirien) liegt folgendes Telegramm des Redakteurs der Oestlichen Rundschau, Nowow., vor: Der durch Kondakov, von dem die Nachricht über Nanzen herriß, aus Irkutsk gefundene Bericht ist vollkommen glaubwürdig. Kuchnarew besitzt in Ustjanek eine Warenlieferstube, die unter der Leitung seines Neffen steht. Dieser sandte wahrscheinlich die Nachricht, die nach unseren Berechnungen von Anfang Januar herstammten muss. Die Redaktion der Oestlichen Rundschau, die das Telegramm aus Irkutsk veröffentlichte, drückte ihr Erstaunen über den Ursprungsort des Telegramms aus, beschloß aber die Veröffentlichung, weil sie der Glaubwürdigkeit Kondakovs vertraute. Zugewiesen ist keine andere Nachricht eingegangen. Aus Stockholm kommt vom 17. d. M. die Meldung: Auf zahlreiche Anfragen in betreffs der Expedition Nanzen erklärte der berühmte Reisende Nordenskjöld für wahrscheinlich, daß Nanzen im nördlichen Teile des Karlschen Meeres oder in der Nähe von Kap Thieljaskin, wo die Vega ihren Kurs veränderte, mit dem Schiffe in Eise festgeblieben, später nicht freigekommen ist, vielleicht aber nördlich bis zum 78. Grad nördl. Breite getrieben wurde. Hier habe Nanzen Land gefunden und Schiffs- oder Schneeschuhfahrten unternommen, habe aber auf diese Weise kaum den Nordpol erreichen können, weil eine solche Fahrt für eine Entfernung von 12 bis 1500 Kilometern unmöglich erscheine.

Unter dem Titel Das Arbeitervotum in der Konfektionsindustrie vor dem deutschen Reichstag gibt die Buchhandlung des Vorwärts die Reichstagsschriften über die Interpellation der Nationalliberalen als Broschüre zu 10 Pf. heraus.

Brüssel, 17. Februar. Die Streikbewegung im Bütthicher Wohlenbecken wächst. Fünf Bergwerke mit 8000 Arbeitern feiern. Die Bergwerksleiter beteiligen um „militärischen Schutz“. Wozu sind auch die Kleinfabrikanten da?

Amsterdam, 17. Februar. Die Diamantarbeiter sind in den Streik eingetreten.

Aus Großbritannien.

Chamberlains Stellung zur Transvaal-Affäre. Seine Beziehungen zu Tories und Liberale.

London, 15. Februar. Die südafrikanischen Häfen stehen noch immer im Vordergrund, und Joseph Chamberlain ist noch immer der Held der Stunde, obwohl infolge der verfrühten Veröffentlichung seiner famosen Depeche, die für den Stand Autonomie verlangte, die Spannung zwischen ihm und Präsident Kruger eher zunommen hat. Es wäre diplomatisches Gewesen, Dom Paul, der natürlich eifersüchtig und etwas gereizt ist, von dem Inhalt der ganzen Depeche erst zu verständigen, bevor sie dem britischen Publikum gezeigt wurde. Über Chamberlain ist eben Geschäftsmann und kein Diplomat. Und englische Staatsmänner sind ein wenig gewöhnt, die Buren und ihre Führer wie Kinder, oft wie lärmende und ungeschlachte Kinder zu behandeln, und solch ein Missgriff ist unter den Umständen für das Erscheinen der Verhandlungen fatal. Aber es kann sich und wird sich wohl geben, denn Chamberlains überreizte Handlung war nicht bös gemeint, war nur seinem Wunsch entsprungen, keine Geheimnisse zu haben, ganz offen zu handeln.

Dagegen weit interessanter und vielleicht folgenträcker ist die Haltung, welche die Stocklories, d. h. die alten Konserventiven diesen Staatsmann gegenüber beobachten, der so unceremoniell die alten hergebrachten Prozeßuren unter dem Vis-à-vis und sich als der Machthaber Englands aufspielt, gerade als gäbe es keinen Marquis of Salisbury, der von Lord Rosebery neulich der Diktator Englands genannt wurde, und der allerdings der Premier des Landes ist, dem Namen nach. Denn nach den schrecklichen, demütigenden Niederlagen, die der alte Diplomat in seinen Unterhandlungen wegen Armeen und Venezuela erlitten, ist die Achtung, die man für ihn und seine vielgerühmte Weisheit fühlte, sehr gering. Um so größer ist die Erfahrung der Tories auf Chamberlain und seine neuen, undiplomatischen Methoden. Das tritt im Unterhaus schon klar zu Tage, wo sich Sir Ashmead-Burke zum Vorsitzender der Ulster und Vertreter der Chartered Company aufgeworfen hat, während es kein Geheimnis ist, daß viele Tories, die nicht so lärmend auftreten wie der genannte Sirto, lebhafte Sympathien für Jameson und seine Hintermänner fühlen.

Dass die Beziehungen zwischen Chamberlain und Lord Salisbury nicht sehr gut sind, geht auch aus der Rede seines Neffen W. G. Balfour hervor, der seinen abwesenden, indistreuen Onkel gestern in Schu nahm und die Gelegenheit benützte, auf die „appetitlichen Verküsse“ (attracchio faro) des Kolonialsekretärs Chamberlain eine im ganzen Lande gut verstandene Spöttel abzuschleben. Und man erinnert sich dabei, daß Chamberlain vor Jahren dem edlen Marquis arg mitgespielt hat, auch zwischen ihm und Balfour, der sich natürlich durch Chamberlains überwältigende Persönlichkeit aus seiner Anwartschaft auf die Vorsitzende verdrängt sieht, bestehen auch jetzt noch keine freundliche Verhältnisse. Dagegen bemerkt man mit Überraschung, wie gut vornehm und rücksichtsvoll Sir William Harcourt, das Haupt der liberalen Partei im Unterhaus, seinen ehemaligen Kollegen und jetzigen Gegner Chamberlain behandelt, dessen ganze Politik und Geschäftsführung weit mehr mit liberalen als konservativen Überlieferungen übereinstimmt — man kann voraussehen, daß das Transvaal-Umbrolio zu Hause größere Unruhungen reiht als draußen in Südafrika.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 9. bis mit 18. Februar 1896.

Standesamt I.

Umfahrt die Altstadt Leipzig.

Geschlechungen: Stein, Hermann, Postauskührer, mit Otto Anna Elisabeth Ernestine, hier. — Böhme, Friedrich, Kellner, mit Loren, Minna Anna, hier. — Gabler, Friedrich Ernst, Fleischer, mit Hofmann, Bertha Anna, hier. — Julich, Emil Ernst, Stein, Schneider, mit verm. Becker, geb. Mühlner, Anna, hier. — Pfau, Friedrich Karl, Handarbeiter, mit verm. Kraß, geb. Pfau, Friederike Wilhelmine, hier. — Fischer, Franz Hermann, Marktshelfer, mit Schatzschabel, Auguste Minna, hier. — Kohl, Karl Eduard, Handarbeiter, mit gesch. Sprung, geb. Winkelgrün, Brüche, hier. Müller, Friedrich Ernst, Fleischermeister, mit Hellmund, Marie Ottlie Elisabeth, hier. — Heinold, Friedrich Rudolf, Buchdruckereiwärter, mit Heimke, Christiane Helene, in Dresden. — Ludwig, Johannes Karl Robert Vincenz, Architekt, mit Halmel, Maria Josephine Martha, hier. — Kraemer, Friedrich Karl Franz, Fleischer, mit Müller, Henriette Friederike Margarete, hier. — Dietrich, Hermann Ludwig Johannes, Kaufmann, mit Fischer, Clara Margarete, hier. — Braun, Friedrich Wilhelm, Kaufmann, mit Oberdorfer, Auguste Emma, hier. — Mehnert, Bernhard, Kutscher, mit Heller, Helene Johanna, hier. — Simon, Otto, Zahnsarzt in Gera, mit Schröder, Hildegard Charlotte, hier. — Busch, Abelbert Robert, Druck, mit Buch, Bertha Anna, hier. — Beyer, Johann Conrad Elias, Professor in Stuttgart, mit Weber, Gabriele Emilie, hier. — Schlegel, Friedrich Emil, Buchhandlungsbüchse, mit Jäckel, Anna Elisabeth, hier. — Lehmann, Franz Bernhard Kurt, Schlosser in Großschön, mit Künzer, Hilda Helene, hier. — Möhols, Karl Friedrich Gustav, Möbeltransporteur, mit Ströhler, Marie Martha Lydia, hier. — Klinger, Hermann Adolf Emil Alexander, Kaufmann, mit Neumann, Anna Luise, hier. — Göbel, Christoph Peter Ludwig, Ingenieur, mit Kind, Wilhelmine Anna, hier. — Richter, Heinrich Paul Oskar, Kaufmann, hier, mit Bierler, Hedwig Meta, in Greiz. — Schmidt, Franz Otto, Weinhändler, mit Neumann, Theresia, hier. — Fischer, Eduard Ludwig, Viehzüchter emerit., mit Fleischer, Ida Jenny, hier. Zusammen 25.

Geburten: Pfeifer, Friedrich Eduard, Kaufmanns Sohn. — Steinmüller, Otto Alexander, prakt. Arztes Dr. med. S. — Pauli, Ernst Kleinhold, Metallarbeiter S. — Börner, Joseph, Schneiders S. — Sieg, Richard Paul, Gärtner S. — Wissel, Gottfried August Julius, Schlossers S. — Lubin, Oskar Winz, Handelsmann S. — Rosenberger, Thomas, Schneiders S. — Sieber, Bernhard, Handarbeiter S. — Claus, Otto Felix Wilhelm, Expedienten S. — König, Friedrich Reinhard, Buchdrucker S. — Friedrich Hermann Bruno, Städtebau-Hilfsboten S. — Ehrenberg, Friedrich Gottfried, Arbeiter S. — Hönes, Heinrich August Hermann,

Kleine Chronik.

Leipzig, 18. Februar.

Neues Theater. Karl Maria von Webers Lieblingsstück war es stets, eine komische Oper zu schreiben; seine Fähigung für dieses Kunstreigen verraten einzelne sehr gelungene Charakterköpfchen, wie Annchen (Freischütz), Schermin (Oberon) und verschiedene drollige Szenen aus der einaktigen Oper Abu Hassan. Im Jahre 1820 erwarb Weber das von Theodor Hell verfasste Libretto zu einer komischen Oper: Der Brautkampf, deren Titel er die prägnantere fassung: Die drei Pintos gab. Sieben Nummern waren rasch entworfen und im Parterrestill gestaltet, dann erlahmte des Meisters Schaffensfreude plötzlich, jet es, daß ihn der etwas labendcheinige Text auf die Danz nicht zu interessieren vermochte, sei es, daß ihn anderweitige Verpflichtungen an der musikalischen Ausarbeitung der noch fehlenden 10 Nummern hinderten. Nach dem Tode Webers übergab dessen Frau Karoline das Fragment Meyerbeer an Böllendorf; dieser wußte mit dem prunklosen Stoffe nichts anzufangen, zog die Sache sehr in die Länge, sprach von einer Überarbeitung seitens französischer Dichter und verzögerte schließlich auf die Ehre. Webers Sohn Max trat mit Vincenz Lachner in Verbindung, doch auch hier verzögerte sich die Aufführung wegen persönlicher Bedenken Lachners. Der unglückliche Torsus hatte nun 30 Jahre Ruhe; dann kam er in die Hände von Webers Enkel Karl, der nun mit aller Energie die Fertigstellung der Oper betrieb. Dem Kapellmeister Mahler wurde die sehr heiße Aufgabe zu teilen, aus fragmentarischen Anmerkungen und Skiz

Schneiders S. — Schumann, Alb. Reinhold, Tapetierer T. — Pöschmann, Alfred Jul., Amtsrichters Dr. jur. L. — Bioboda, Robert, Schneiders S. — Seifert, Oskar Michael, Matz-Registers L. — Kästig, Eduard Richard, Kaufmann S. — Lehnigk, Gustav Franz, Arbeiters S. — Mettig, Friedrich Karl, Bierkrautheuer S. — Pösch, Louis, Schuhmachers S. — Sprenger, Friedrich Wilhelm, Handarbeiter S. — Schmidt, Ernst Wilhelm, prakt. Arztes Dr. med. L. — Mühlner, Johann August, Urtesträgers L. — Thiele, Otto Emil, Mätsarbeiter S. — Diez, Richard Eduard, Kaufmann S. — Linke, Christian Ernst, Schuhmachers L. — Meissner, Richard Oskar, Juwellers L. — Poers, Karl August, Schänkmeister L. — Kling, Ernst Louis, Gläserarbeiter S. — Große, Ernst Moritz, Schlosser L. — Haenisch, Friedrich Theob. Glas, Tapetierer S. — Kellner, Karl Friedrich, Maurers S. — Reuter, Franz Karl, Schuhmachers S. — Weinhold, Ernst Karl Wilhelm, Beichenlehrers L. — Delschlegel, Ernst Herm., Schaffners S. — Spalke, Paul August, Geschäftsführers S. — Stichel, Julius Max, Maurerpotters L. — Vetterlein, Alexander Hugo, Säbelfräschäbler L. — Wittwer, Joseph Paul, Schmidts S. — Scharnitz, Leo, Diakins L. — Bertram, Karl Hermann Otto, Schuhmachers S. — Dörler, Otto Karl August, Gefangene L. — Thommen, Hermann, Schneiders L. — Müllig, Johann Gottlieb, Handarbeiter S. — Walther, Heinrich Eduard, Bäckermeister L. — Meyer, Heinrich Hermann, Handarbeiter S. — Schulze, Karl Oswald, Maurers S. — Köhler, Karl Eduard, Handarbeiter S. — Mehrtens, Gustav Hermann, Maurers S. — Wächter, Karl Otto, Handarbeiter S. — Günther, Karl Robert, Geschäftsführers L. — Hartwig, Karl Albert, Seilers S. — Lory, Philipp Walther, Inhaber eines Gardebegegnungs-S. — Delitzsch, Gottfried Robert, Schänkmeister S. — Müller, Franz Heinrich August Uebrecht, Lokomotivführer S. — Fricke, Karl Gottlieb, Dienstmanns S. — Gabel, Wilhelm Gustav Robert, Seilers L. — Wechner, Wilhelm Herm., Tapetierer L. — Laudner, Gustav Adolf, Marsthalers S. — Rantig, Otto Hermann, Klempners S. — Angel, Felix Joh. Jürgen, Handarbeiter S. — Gehrner, Johann Richard Gütlo, Postschaffners S. — Schulze, Oskar Theodor, Schlosser Apolling-S. u. S. — Außerdem wurden 10 uneheliche Knaben und 17 uneheliche Mädchen (wovon 25 in der Universitäts-Frauen-Klinik geboren wurden) in das Geburtsregister eingetragen. — Zusammen 105.

Gestohlene: Ballin, Emilie geb. Stothe, Oberfeuerwehrmanns Ehefrau, 37 J. 10 M. 1 L. — Erler, Wilh. Otto, Maurers S., 6 J. 12 L. — Deubner Karl Michael, Rechtsanwalt und Notar, 33 J. 1 M. 13 L. — Ulrich, Marie Jenny Anna, Rosenbottens L., 10 J. 8 M. 14 L. — Gern, Ernst Max, Student, 21 J. 11 M. 7 L. — Vogelgesang, Hertha Johanna, Marsthalers L., 1 J. 8 M. 9 L. — Rudolph, Joh. Gottlob, Rentier, 86 J. 6 M. 18 L. — Schramm, Rich. Paul, Baugewerksmeister S., 5 J. 10 M. 4 L. — Achalig, Ida Minna, Anteiger, 17 J. 7 M. 8 L. — Hößler, Joseph August, Kaufmann, 48 J. 5 M. 20 L. — Wielrel, Joh. Wilhelm, Arbeiter, 19 J. 8 L. — Rothe, Johann Karl, Mätsarbeiter, 28 J. 7 M. 22 L. — Stöhr, Auguste Friederike Luise geb. Leyfath, Schuhmachermeisters Witwe, 96 J. 11 L. — Gecke, Wilh. Rich., Arbeiter, 35 J. 5 M. 11 L. — Krause, August Hermann, Seiler, 43 J. 10 M. 26 L. — Kreuzler, Gottfried Walther, Marsthalers S., 4 J. 11 M. — Erhard, Luise Karoline geb. Dietze, Goldarbeiterin Witwe, 57 J. 4 M. 10 L. — Rost, Gustav, Säbelfräschäbler, 33 J. 10 L. — Thiele, Anton Martin, Handarbeiter S., 3 L. — Haltas, Max Friz, Glaser S., 5 J. 10 L. — Fricke, Marie Emilie geb. Hessel, Säbelfräschäblerin Ehefrau, 55 J. 14 L. — Gehrner, Johann Friederike geb. Kubiert, Sattlermeisters Witwe, 69 J. 8 M. 11 L. — Pfünster, Julius Max, Mätsdienner, 31 J. 8 M. 18 L. — Senfert, Friedrich Wilhelm Emil, Haushälter, 45 J. 8 M. 28 L. — Prell, Karl Friedrich, Handarbeiter, 69 J. 6 M. 2 L. — Alz, Gertrud Franziska Marie, Handelsmanns L., 11 M. 20 L. — Schelbe, Friedrich Wilhelm, Korbmacher, 63 J. 8 M. — Herrmann, Auguste Antonie, geschied. Mätsche geb. Klein, Arbeiterin Ehefrau, 82 J. 6 M. 4 L. — Albersheim, Henriette geb. Ephraim, Rentierin Witwe, 57 J. 3 M. 1 L. — Petz, Willy Paul, Handarbeiter S., 2 J. 2 M. — Pöttinger, Charlotte Gertrud, Sekretärin S., 8 M. 15 L. — Marx, Georg Christoph, penf. Bahns-Assistent, 62 J. 1 M. 11 L. — Stock, Heinrich, Blümmer, 49 J. 4 M. — Böhme, Karl Gottlob, Expedient, 40 J. 4 M. 28 L. — Weinhold, Emilie geb. Böthen, Bechenlehrers Ehefrau, 45 J. 8 M. 19 L. — Schlabil, Oskar Paul Richard, Taschenuhrengehäusemachers S., 7 M. 11 L. — Weiß, Klara Anna geb. Schreiber, Schlossers Ehefrau, 48 J. 2 M. 10 L. — Dahler, Elsa, Ausseherin L., 5 J. 4 M. 18 L. — Thier, Clara geb. Weigel, Schlossers Ehefrau, 38 J. 2 M. — Dertel, Johann Heinrich, Dienstmann, 65 J. 10 M. 28 L. — Müller, Ludwig Reinhard Arthur, Bohnensteller, 20 J. 6 M. 23 L. — Wernicke, Marie Dorothee, Arbeiterin, 20 J. 1 M. 4 L. — Nensel, Johanne Friederike geb. Meinhardt, Buchbinders Ehefrau, 48 J. 10 M. 8 L. — Umbrecht, Alz Rich., Dachdecker, 48 J. 11 M. 7 L. — Lehmann, Heinrich Karl Wilh., Postschaffner, 47 J. 10 M. 12 L. — Löhring, Wilhelm geboren Gröber, Buchhalterin Witwe, 75 J. 11 M. 7 L. — Brüderer, Heinrich, Ewald, penf. Gerichtsbeamter, 56 J. 10 M. 6 L. — Bertram, Karl Kurt, Schuhmachers S., 6 Stunden — Trömer, Friedrich August Wilh., Schneider, 58 J. 6 M. 6 L. — Littig, Ida Maria, Privata, 76 J. 1 M. 21 L. — Müller, Wilhelm Hermann, priv. Kaufmann, 49 J. 1 M. 24 L. — Kehner, Karl Christian Friedrich, Stadt-orchestersmitglied, 36 J. 9 M. 11 L. — Schulze, Marianne Luise Dorothée geb. Tackert, Privatmanns Ehefrau, 44 J. 5 M. 28 L. — Neubauer, Ida Hilda, Schänkmeisterin S., 6 J. 4 M. 21 L. — Schmitt, Marie Caroline geb. Escher, Instrumentenmachers Ehefrau, 62 J. 7 M. 28 L. — Müller, Friz, Motorenfahrers S., 12 Stunden — Simon, Emma geb. Wohl, Hotelbesitzerin Witwe, 77 J. 10 M. 17 L. — Waschleben, August Franz Friedrich, Fabrikarbeiter, 80 J. 2 M. 21 L. — Kunad, Ferdinand Theodor, Gerichtsrat a. D., 68 J. 1 M. 16 L. — Steiner, Georg Ferdinand, Gärtner, 17 J. 7 M. 21 L. — Thiele, Katharine Elisabeth geb. Kämmerer, Kämmereimeisters Ehefrau, 44 J. 11 M. 10 L. — Länger, Friedrich Rob., Marsthaler, 24 J. 1 M. 12 L. — Bertram, Maria Gertrud, Schuhmachers S., 1 L. — John, Arthur Emil Ernst, Privatmann, 36 J. 2 M. 8 L. — Peltz, Auguste Wilhelm geb., geschied. Vergelt geb. Hartung, Arbeiterin Ehefrau, 86 J. 11 M. 18 L. — Große, Johann Gottlieb, Handarbeiter, 52 J. 1 M. 11 L. — Sprenger, Johann Gottlieb, Handarbeiter, 61 J. 11 M. 12 L. — Heinrich Wirth, Handarbeiter, 48 J. 5 M. 8 L. — Glauder, Christiane Sophie Auguste geb. Reise, Försters Witwe, 84 J. 1 M. 10 L. — Zusammen 76 Toresfälle (einhließlich 1 uneheliches und 3 totgeborene Kinder).

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. Februar.

Gegen Professor Sohms Verlauterung der sächsischen Wahlrechtsvorlage polemisierte die Leipziger Zeitung wie folgt:

Namhafte Rechtslehrer glauben, daß die vom Rivalismus brohende Gefahr von der sächsischen Wahlvorlage überschätzt werde. Autore wieder, da diese Gefahr begriffen haben und schon seit Jahren nach dem Schumann rufen, sind jetzt, da er da ist, die ersten, die auf ihn einhauen. So ist das moderne Geschlecht. Worte so viel und so laut man will, aber nur keine That, kein Entschluß. Entschlossen ist man nur immer, bis man unmittelbar vor der That steht. Dann tritt man mit Gründen reichlich bewaffnet entschlossen den Rückzug an.

Das sagt dasselbe Blatt, das gelegentlich der Beratung des

neuen bürgerlichen Gesetzbuches denselben Prof. Sohm überwöhnen liebt und als Sozialistenvermischer bester Offizie feierte. Wie's trifft. Einmal ist die Käff' ne Käff', das andermal ein Kater.

Zu der von uns bereits am Sonntagnachmittag abgedruckten Erklärung der Professoren Blüding und Sohm und des Dr. Hans Voigt bemerkte die Leipziger Zeitung:

Der Abdruck erfolgt mit Absicht auf die Stellung, welche die zuerst genannten beiden Herren in der Wissenschaft einnehmen — denn stehen sie wohl ferner — und zu Ehren der maßvollen Form, in der hier die Gegengründe zur Geltung gebracht werden. Einer Anzahl sozialdemokratischer und, was ähnlich dasselbe ist, deutschsozialer Schimpf- und Wachseltitel, die uns heute zu gleicher Zwecke zeigen, werden wir diese Ehre selbstverständlich nicht erwidern. Das Publikum der Versammlungen, die von den Herren Reformern zu diesem Zweck einzuberufen werden, besteht ja, wie die vorgestrigene Leipziger Versammlung, bereits zur Hälfte aus Sozialdemokraten. Sie haben also ihr Publikum bereit.

Auch das Tageblatt und die Nachrichten "überlegen" Prof. Sohm. Ihr Geschreibsel ist das Papier nicht wert, auf dem es gedruckt ist.

Zweiterletzte Recht. Unter diesem Titel ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts der stenographische Bericht der Reichstagsverhandlungen über die Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechts erschienen. Das 16 Seiten starke Heftchen kostet 10 Pf. Es enthält die treffliche Rede Auers, aus der wir die auf Sachsen bezüglichen Stellen auszugsweise schon mitgeteilt haben. Wir können die Verbreitung dieses Broschürtchens auf das lebhafteste empfehlen, es ist nützlich für alle Staatsbürger und ein gutes Werkstücklein auch für — Polizeibehörden.

Die von der nationalliberalen Presse, natürlich auch dem Leipziger Tageblatt, eifrig kolportierten, von uns mit Recht bisher nicht beachteten Angriffe eines Anarchisten Dehmel gegen Genossen Ullgenau, den Dortmunder Abgeordneten, sind von den Vertrauensleuten des Wahlkreises Dortmund geprüft worden und haben durch folgenden Beschluss, der dem Vorwärts vom Vertrauensmann übermittelt wird, ihre Gerechtigung gefunden: „Die Sitzung der sozialdemokratischen Vertrauensleute des Wahlkreises Dortmund-Hörde verhandelte am Sonnabend abend über die Angriffe des Generalanzeigers und der Dortmunder Zeitung gegen den Reichstagsabgeordneten Ullgenau. Sie gelangte nach Auffahrt der Bekundungen einer dreieinwandsfreier Person und nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Momente zu dem Ergebnis, daß diese von den Anarchisten Dehmel und Genossen im Interesse der nationalliberalen Partei gemachten Angriffe auf frechen, schamlosen Augen beruhen. Der jetzt unter sozialdemokratischer Maske auftretende Dehmel ist nach seinem Geständnis hierzu für fünfzig Mark gedungen und wird nach seiner eigenen Aussage wegen eines gemeinen Vergehens verfolgt, ist bisher aber merkwürdigweise nicht gefunden worden; er hat ferner erst kürzlich ein ehliches Dienstmädchen erwiegnermaßen fälschlich des Diebstahls beschuldigt; alles Thatsachen, die zur Kennzeichnung dieses Gewaltkriminales sicher genügen.“ Also Lumpenstreiche im Auftrage der Partei von Bildung und Besitz!

Vier Versammlungen, die nächsten Freitag im Felsenkeller zu Plagwitz, in den Goldenen Krone zu Connewitz, in den Drei Mohren zu Altenburg und im Neuen Gasthof zu Görlitz abgehalten werden, sollen Stellung nehmen zu den im Reichstag geplanten Änderungen des Genossenschaftsgesetzes sowie zu dem im sächsischen Landtag eingebrachten Antrag, betr. eine dreiprozentige Umsatzsteuer für Konsumvereine. — Die Neuesten Nachrichten bemerken zu diesen Versammlungsankündigungen: „In derselben Sache nimmt auch der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand Leipzigs, freilich in entgegengesetzter Richtung, Stellung. Es ist die Gründung einer Vereinigung geplant, die die Bekämpfung und eventuell das gänzliche Verbot der Konsumvereine ins Auge gefaßt hat.“

Die Straßenbahnlinie Gohlis-Connewitz soll zuerst und zwar schon vom 1. April ab in elektrischen Betrieb genommen werden. Als zweite elektrische Linie soll dann am 1. Mai die Strecke Gohlis-Kaiser-Wilhelm-Straße folgen. Wie das Tageblatt meldet, will die neue Leipziger elektrische Straßenbahngesellschaft den Betrieb auf ihren Linien (Schönfeld-Mühlrode etc.) am 1. Juni oder am 1. Juli eröffnen. Es erscheint jedoch noch recht fraglich, ob diese Termine eingehalten werden können.

Industrieleute und Gewerbetreibende, die die Absicht haben, sich an der nächstjährigen Sächsisch-Thüringischen Industrie- und Gewerbe-Ausstellung in Leipzig zu beteiligen, ihre Anmeldung aber noch nicht eingeschickt haben, dürfen nicht länger mit der Ausführung ihres Vorhabens zögern, denn abgesehen davon, daß der Anmeldetermin mit dem 15. April d. J. abläuft, steht sich derjenige, der erst in den letzten Tagen von seiner Verzögerung Nachricht gibt, der Gefahr aus, nicht mehr soviel Vertragsmöglichkeit aller seiner Wünsche zu finden, wie es bei einer fristgerechten Anmeldung hätte der Fall sein können. Wer genauere Auskunft über die Ausstellungsbedingungen wünscht, setzt sich mit der Geschäftsstelle in Leipzig, Nikolai-Kirchhof 4, in Verbindung. — Rennen werden nach neueren Bestimmungen des geschäftsführenden Ausschusses in drei Gruppen vorhanden sein. Die Tiefe bleibt bei allen drei Gattungen dieselbe, nämlich 4 Meter, nur die Länge ist verschieden, so zwar, daß es Rennen von 4, 5 und 6 Meter Länge geben wird. Die Seitenwände sollen verstellbar sein, so daß mehrere Rennen zu einer einzigen von mehr als 6 Meter Länge vereinigt werden können. Der Preis für eine Rose beträgt bei einer Länge von 4 Meter gleich 750 M., von 5 Meter gleich 850 M., von 6 Meter gleich 950 M.

Während der bevorstehenden Engros-Messe wird ein Vortrag über die sächsisch-thüringische Ausstellung gehalten werden, um den Messebesuchern Gelegenheit zu geben, sich über die näheren Einzelheiten dieses Unternehmens zu unterrichten, welches im Hinblick auf die damit verbundene Jubiläumsfeier der Leipziger Messe gerade für sie von besonderem Interesse sein muß.

Postagenturen sollen in Eckersbach und Ebersbrunn errichtet werden.

Wegen des vereinzelten Wiederanstrebens der Blutlaus im hiesigen Stadtbezirk während der letzten Jahre fordert der Rat der Stadt alle Beteiligten auf, dem Auftreten dieses schädlichen Insektes ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und daselbe vorkommendenfalls zu vertilgen. Die Blutlaus kommt nur auf Apfelbäumen und den ihnen verwandten Biergekräutern vor.

Fleischige Musenköhne. In diesem Wintersemester sind 29 Studierende von den Vätern der Universität gefrieden und ihres

akademischen Bürgerrechts für verlustig erklärt worden, weil sie keine Vorlesung angenommen hatten. Weiter haben 60 Studierende der amtlichen Aufforderung, ihre alten Legitimationskarten gegen neue umzutauschen, nicht entsprochen. Sollten die Südwitten den Umtausch nicht bis zum 25. Februar bewerkstelligt haben, so würden sie ebenfalls des akademischen Bürgerrechts verlustig gehen.

Der als vermischt gewandelte Student der Medizin Zeller hat am Sonntag den 9. Februar gegen 10 Uhr abends Markranstädt verlassen und soll nachts 1/3 Uhr auf der Dorfstraße in Schönau geschehen worden sein, doch hat sich die Identität des dort bemerkten Unbekannten mit dem Vermissten nicht mit Bestimmtheit feststellen lassen. Die Verwandten des Vermissten schicken demnigen, der zur Auffindung Zellers führenden Abschluß gibt, eine Belohnung von 200 Mk. zu.

Zur Auffahrt für männliche Obdachlose sprachen in der Zeit vom 8.—15. Februar 287 Personen vor; aufgenommen wurden 292, zurückgewiesen 5 Personen.

Vom Schlachtfelde der Arbeit. In einer Fabrik in der Augustenstraße in Lindenau geriet gestern nachmittag ein daselbst beschäftigter 16 Jahre alter Lehrling in die Transmission und stand dabei seinen Tod. — Bei einem Bahnhofsgang bei Lindenau fiel gestern ein Geschäftsführer von seinem Wagen. Die Räder gingen dem Bedauernswerten über die Brust, so daß er schwere Verletzungen erlitt. Der Verunglückte kam ins Krankenhaus.

Unfallstöße. Beim Abpringen von der Pferdebahn glich gestern abend am Augustusplatz ein auf der Heimfahrt vergriffener Arbeiter aus und brach sich das rechte Bein. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus zu St. Jakob gebracht. — Infolge eines sehr schadhaften Treppengeländers stürzte gestern in der Brandvorwerkstraße eine 42 Jahre alte Tapetierin tödlich hoch herab. Sie erlitt einen Oberarmbruch.

Nebenfahren. Gestern abend kam in der Elsterstraße der 28jährige Geschäftsbesitzer Adolf Väcker, der auf ein im Gang befindliches Lastfuhrwerk steigen wollte, so ungünstig zu Hause, daß ihm die Räder über den Körper gingen. Der Schwerpunkt wurde ins Krankenhaus gebracht. — Ein Radler überfuhr gestern in der Grenzstraße ein 5jähriges Fleischerskind. — Von einem Fleischergeschäft wurde gestern morgen in der Bayerischen Straße eine 74jährige Witwe ungerissen und leicht verletzt. Die Frau hatte, da sie schwerhörig ist, den Ausruf nicht gehört.

Aus dem Fenster der zweiten Etage eines Hauses der Elisenstraße stürzte sich gestern morgen eine 35jährige vermählte Schneiderin. Vorher hatte die Frau einen vergeblichen Versuch gemacht, sich durch Einatmen von Kohlendunst zu töten. Schwer verletzt wurde die ungünstige Frau ins Krankenhaus gebracht. Als Motiv zu den Selbstmordversuchen wird Krankheit genannt.

Einschüsse. Gestern abend in Leipzig in Stellung war, wurde gestern wegen zahlreicher, ihm zur Last gelegter Vergehen, darunter vier Einschüsse, zur Verantwortung gezogen. — In der Markthalle wurde am Sonnabend ein Schulmädchen aus Lindenau dabei erfaßt, als es einer Frau das Portemonnaie aus der Tasche stahl. Die Diebin kam in Haft. In ihrem Besitz wurde noch ein grünerledernes Portemonnaie vorgefunden, in dem 2 Thalerstücke waren. Zwei verschossen ist dieses Portemonnaie gleichfalls gestohlen worden.

Eigentumsvergehen. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend haben Diebe mehrere Baubuden in der Dimpelstraße erbrochen und verschiedene Handwerkszeuge gestohlen, von den Thätern fehlt jede Spur. — Aus einer Schäßfalle der Dresdener Straße schlüpfte sich gestern nach ein 19jähriger Kaufmann in das Zimmer der Logistvirlin und stahl die auf dem Tische liegende Uhr sowie mehrere andere Wertsachen. Der Dieb, der noch für drei Monate die Miete schuldet, war bisher nicht aufzufinden.

Feuer. In der Landwirtschaftlichen Versuchsstation fand gestern ein Brand statt, der aber unterdrückt werden konnte, ohne daß die Feuerwehr in Thätigkeit trat.

Von der Wahlrechtsbewegung.

Dresden, 17. Februar. Das Berliner Tageblatt meldet: Hiezu hervorragende Arbeitgeber veröffentlichten in den nächsten Tagen eine Erklärung gegen den Wahlrechtsentwurf, da dieser für den sozialen Frieden bedenklich sei.

Die Leipziger Nationalliberalen erhalten in der Dresdener Zeitung ein Bogen ausgestellt, welches ihrem Molluskencharakter alle Ehre macht. Die Zustimmung der Leipziger Nationalliberalen zu der Wahlrechtsvorlage, die der jüngsten Versammlung des nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen behwohnt, soll im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß die Herren befürchteten, Herr Landtagsabgeordneter Dr. Schill würde im anderen Hause sein Mandat widerlegen und der Wahlkreis bei einer eventuellen Neuwahl den Sozialdemokraten in die Hände fallen.“ Also, richtig die Angst vor der Sozialdemokratie jagt alle liberalen Grundsätze zum Teufel. Über ist Herr Dr. Schill für die Kneideleine ein Schredgespenst?

Das preußische Wahlsystem in Sachsen nachgegeben wird selbst von einer ultramontanen Pressestimme wie der Kölnischen Volkszeitung als veraltet in den politischen Klumpenstaaten geworfen. „Wenn wir offen reden wollen, so müssen wir sogar gestehen, daß für den gesamten preußischen Landtag die Blütezeit seines Ungehens dahin zu sein scheint. Was hatte der Landtag in den fünfzig und sechzig Jahren zu bedeuten, und was ist er heute? Der ungeheure Absentismus bei den Landtagssitzungen mag auf verschiedene Weise ausgelegt werden, aber Hochachtung vor dem Landtag, Interesse für ihn liegt nicht darin

nach dem Sächsischen Volksblatt auf die Anfrage, wie er dem neuen Wahlgesetz gegenüberstehe, folgenden Antwortbrief geschrieben:

Sehr schon will ich Ihnen erklären, daß ich einem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht nicht zustimme, dagegen einem vernünftigen Klassenwahlsystem meine Zustimmung nicht versage.

Ich für meinen Teil wäre mit dem bestehenden Wahlgesetz zufrieden gewesen; aber zum zweitenmal herübergeschossen, können wir diese Schüsse nicht übermäts führen lassen, wir schicken eben wieder.

Ich spreche von einem vernünftigen Wahlsystem und halbige dabei den Grundsätzen: „Gleiches Recht“ und „Jedem das Seine“. Jeder im gehörigen Mannesalter stehende Sachse soll wählen, aber auch jede Klasse soll vertreten sein.

Was haben Sie denn in Ihrer Gemeinde für ein Wahl- system? Es wählen doch Anhässige und Unanhässige, jede Klasse für sich; das ist das Klassenwahlsystem. Hätten Sie das allgemeine gleiche Wahlrecht, dann kann und wird es kommen, daß die Unanhässigen, als die Mehrheit, alle Sitze im Gemeinderat erhalten, während die Minderzahl der Anhässigen nichts mitzutragen, sondern nur zu zählen hätte. Das wäre doch erst recht ungerecht, denn beide müßten vertreten sein. Dieses Klassensystem besteht bei den Krankenkassen und überall.

Bei einem Dreiklassenwahlsystem wird immer die Mittelklasse, welche den Bürger, den Bauer und den tüchtigen Arbeiter in sich schließt, den Ausfall geben und das ist nach meiner Ansicht — gesund. Beim allgemeinen gleichen Wahlrecht wird schließlich nur die große Masse, welche die Sozialdemokratie zu beherrschen gedenkt, die Sitz im Parlament enehmen.

Vorläufig muß ich Sie bitten, mit meiner Erklärung sich zu befriedigen und mit mir das weitere abzuwarten.

Herrn Wolf fehlt Logik, sonst könnte er nicht das bestehende Gemeindewahlrecht mit dem kommenden Wahlgesetz in eine Linie stellen.

Gerichtsaal.

Schwurgericht.

Leipzig, 17. Februar.

Meineid. Wegen Bekleidung war die 30 Jahre alte Fabrikarbeiterin Marie Auguste Schmidt aus Eilenburg, allein in Paunsdorf wohnhaft, im Jahre 1894 vom Handarbeiter St. beim Amtsgericht Taucha verklagt worden. Die Klage endete am 13. Januar 1895 mit einem Vergleich, nach dem sich die Sch. verpflichtete, die Kosten der Klage zu tragen und die Auslagen des St. zu erstatten. Da die Sch. nicht bezahlte, so wurde sie am 8. Juli ausgependet; ihr Mann reklamierte die Sachen so, daß die Pfändung erfolglos war. St. zwang sie zum Offenbarungsseid, den sie auch am 30. Juli 1895 vor dem Amtsgericht Taucha leistete. In dem Vermögensverzeichnis hat sie ihr Sparfassbuch über 220 Mark, dessen Einzahlung von einer Unfall-Eschädigung, die sie wegen Verlust des Beigingers an der rechten Hand erhalten hatte, herührt, verschwiegen. Später hat sie von dem Buche die Einlage, die sie für ihre drei Kinder retten wollte, bis auf 17 Mt. abgehoben. Den Tag nach der Eidesleistung hat sie beim Amtsgericht Taucha erklären lassen, daß sie das Sparfassbuch im Vermögensverzeichnis vergessen haben könne. Unter Bekräftigung der Bestimmungen im § 158 des Strafgesetzbuchs wurde die Schmidt wegen Meineids zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Leipzig, 18. Februar.

Meineid. Der 50 Jahre alte Wirtschaftsgeschäftsführer Johann Ferdinand Kunadt aus Alteisig wurde von dem Gerberbesitzer St. in Münsingen mit seinem Schwiegersohn St. wegen Zahlung eines Wechsels über 600 Mt. auf dem St. als Aussteller und St. als Acceptor verklagt, beim Landgericht Leipzig verklagt. St. wurde auch am 4. Juli 1895 zur Zahlung von 634 Mt. verurteilt. Da St. aber nichts mehr bezahlt, so blieb St. trotz des Urteils ohne Deckung. Zu dieser Klagesache trat St. mit der Behauptung auf, daß sein Acceptor auf dem Wechsel gefälscht worden sei und beschwore am 11. Juli 1895 vor der 2. Kammer für Handelsachen, daß die Namenszeichnung Ferdinand Kunadt auf dem ihm vorgelegten Wechsel nicht von ihm herühre.

Dieser Eid soll falsch sein und war gegen St. das Meineidverfahren eingeleitet, aber von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Die Strafkammer I des Landgerichts als Eröffnungskammer ordnete aber die Erhebung der Anklage an.

Stephan, der die Stieftochter St. im Jahre 1891 heiratete, kaufte 1892 in Russland bei Leipzig ein Grundstück, auf das er 900 Mt. anzahlen mußte. Da seine Frau erst später mündig wurde und ihr Vermögen in Höhe von 1500 Mt. erst nach ihrer Mündigkeit zur Verfügung stand, nahm St. bei der Sparfass in Leipzig 900 Mt. auf, für die sich St. verbürgte. Diese 900 Mt. sollten bezahlt werden, wenn das Vermögen der Frau St. ständig wurde. Als dieser Zeitpunkt eintraf, zahlte St. nur einen Teil der Schuld, während der größte Teil offen blieb und St. erfolglos belangt wurde. Um St. die Möglichkeit zu geben, sich Geld zu verschaffen, soll St. den Wechsel, nachdem er ihn aczeptiert hatte, dem St. gegeben haben.

St. bleibt dabei, daß der Namenszug gefälscht worden sei. Während der Untersuchung hat er sich als geisteschwach beschworen. Ferner behauptet er, daß St. ihm feindselig gesinnt sei und daß er ihm das Haus verweisen habe. Daß St. ihm feindselig gesinnt sei, wurde nicht erwiesen, wohl aber, daß er nach der Ausstellung des Wechsels an St. einen Brief geschrieben hat, in dem er ihm das Haus verweist. Seine Geisteschwäche führte St. auf eine Erklärung an Kopfschreibe zurück, die nach Leistung des Eides eintraf. Doch war er nicht bethäligt.

Durch den Gerichtsamt Dr. Thümmler, der St., wenn auch nur kurze Zeit beobachtet hatte, wurde erklärt, daß St. nicht geisteschwach sei, und daß kein Grund für die Annahme vorliege, daß er bei Leistung des Eides in unzurechnungsfähigem Zustande gewesen ist. Schriftvergleicher Henze hat eine echte Unterschrift, die St. auf eine Vollmacht gegeben hat, mit dem Bogen Sie Willkürpapiere bei.

Namenszug auf dem Wechsel verglichen und bezeichnet das Wechselacept als von St. herührend. Auffällig ist, warum St. die Unterschrift abgeschnitten haben soll, da er nur der Wirtschaftsgeschäftsführer seiner Frau und unverwirrend ist, auch schon wegen der geleisteten Bürgschaft erfolglos ausgependet worden ist, mit hin von der Verurteilung zur Zahlung der Wechselsumme nichts zu fürchten hatte. St. behauptete und beeide, daß St. das Acceptor geschrieben habe. Der Staatsanwalt stellte die Entscheidung in das Erwissen der Geschworenen. Diese verneinten die Schuldfrage und wurde Kündigt freigesprochen.

Von Nah und Fern.

Niederösterreich. 17. Februar. Der Militärsitus ist ein sämiger Zahler. In der Mandatzeit des vorigen Jahres lagen in unserer Gemeinde nacheinander das 15. Jägerbataillon, eine Batterie Artillerie und eine Schwadron des Karabiner-Regiments in Quartier, aber merkwürdigerweise sind die Mandatgeber bis jetzt noch nicht bezahlt! Es sind Schritte geladen, um das sonst so schneidige Militär an seine Zahlungspflicht zu erinnern. Beim Militärsitus wird's doch nicht wie bei so vielen Offizieren sein: schneidig, aber kein Geld.

Glogau. 18. Februar. Das schwere Eisenbahnuhnglück am 24. Juli vorigen Jahres in Nauden, bei dem ein Zug in das Empfangsgebäude fuhr, wobei mehrere Personen getötet oder verletzt wurden, war heute Gegenstand einer Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer. Angeklagt waren der Lokomotivführer Sonntag und vier Bremser. Nach mehrstündiger Verhandlung wurden die Bremser freigesprochen. Sonntag erhält 1 Jahr Gefängnis und wurde wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

Hamburg. 17. Februar. Die Neisdampfmühle in Moorbüch a. d. Elbe steht in vollen Flammen. Zwei Blüge der Hamburger Feuerwehr und mehrere Schiffsdampfschiffe sind ausgerückt.

Morburg. 17. Februar. Eine rohe That wurde gestern abend im benachbarten Wetter verübt. Der 27jährige angetrunke Anstreicher Scherer erwürgte aus Wut den Gastwirt Jung. Der Thäter wurde verhaftet.

München. 17. Februar. Nach dem Sektionsbefund wurden die Ministerialratswitwe von Noos, ihre Tochter und Nöchtern, die man am Sonnabend in der Karlstraße tot auffand, erdrosselt. Es liegt ein dreifacher Mord vor. Bargeld und Wertpapiere fehlen.

Kattowitz. 17. Februar. Von den fünf in der Königin Luisegrube verschütteten Bergarbeitern sind bisher aufgefunden worden: ein Toter, ein Leicht- und ein Schwerverletzter. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt.

Wien. 17. Februar. Der Selbstmord des Generalsekretärs Stellvertreters der Nordbahn, Kunnewalder, hat seinen Grund in Börsenverlusten. — Der Volkschronist Alois Verla ist, 70 Jahre alt, gestorben.

London. 16. Februar. Bei einem um 2 Uhr morgens in einem bewohnten Hause im Soho-Viertel stattgehabten Brand kamen elf Personen ums Leben, von denen sechs durch Verbrennen oder Ersticken, die anderen durch einen Sprung aus dem Fenster auf die Spikes eines Gitters ihren Tod fanden.

Letzte Nachrichten.

Aus Hannover wird berichtet: Die Staatsbehörde forderte die Gemeindeworsteher auf, sofort aus den welfischen Vereinigungen, denen sie vielfach präsidierten, auszutreten. So werden die Welfen „versöhnt“.

Redaktionsschluss 1 Uhr nachmittags.

Telegraphische Depeschen.

Hirsch Telegraphen-Bureau.

Nom. 18. Februar. Die dem russischen Obersten Leonijeff gewährte Erlaubnis, mit mehreren Militärattachés in Moskau zu landen, um die letzteren dem mit Italien im Kriege liegenden Reges Menelik von Abessinien zu führen zu können, hat in der Presse große Eregung hervorgerufen. Man weiß daran, daß bis jetzt Russland nur zu sehr sich in die Politik des Reges eingemischt habe, und die Ankunft des Obersten im Lager Meneliks zu großen Unannehmlichkeiten führen könnte. Es soll damit angedeutet werden, daß der russische Oberst die Führung der Truppen Meneliks übernehmen würde.

Veranstaltungskalender.

Dienstag: Gewerkschaftartausstellung, Universitätskeller. Abends 9 Uhr. T.O.: 1. Steingutausstellung zur Arbeitsförderung und zum Gewerbsaufbau. 2. Steingutausstellung zur Waffeler.

Mittwoch: Waten und Fasching. Universitätskeller, Mitterstraße 7. Abends 8 Uhr. T.O.: Das Verhalten unserer Arbeitgeber resp. die Anwendung der Prinzipien der Beschäftigung mit Berichten.

Handlungsbüffeten. Restaurant zur kleinen Markthalle, Kupferstrasse 20. Abends 8 Uhr. T.O.: Der erste Kongress der auf dem Boden der modernen Arbeiterschwung lebenden Handlungsbüffeten. 2. Wahl eines Delegierten.

Verein für Naturheilkunde. V.-Velt., Deutsches Haus. Abends drei Viertel 8 Uhr. Vorlesung nur für Herren von Herrn Dr. Kippler aus Glashaus über Geheimtranthenen.

Briefkasten der Redaktion.

G. D. Betreffendes Inserat stand bereits im Juni v. J. in der L.-B.-S. und waren öffentlich unter P. 8804 an die Ammonit-Expedition Globus, Grimmaischer Steinweg 22, zu richten. Bitte leicht können Sie dort näheres erfahren.

Stammlokal in der Börse. Gottschalkoff starb am 11. März 1888 in Baden-Baden und wurde in Petersberg beerdigt.

G. & Würzen. Adresse Karl Noack, Kämmerer Brandis, Grub 11. G. & W. Derartige Lehrbücher gibt es eine schwere Menge. Sie können in unserer Volksbuchhandlung eins bestellen.

G. D., Plagwitz. An das Gemeindevorstand Ihrer Heimat.

— **G. D., Plagwitz.** An das Gemeindevorstand Ihrer Heimat.

Auskunft in Rechtsfragen.

St. R. 15. Wie fürchten Sie werden nur beträchtliche Geldbeträge hinterher. 1. Ob das betr. Konsulat, das Sie im Abreisebuch verzeichnet findet. 2. Einem solchen Antrag müßte Ihre Frau an das Amtsnamt stellen. Da Sie persönlich für das Kind nicht unterhaltungspflichtig sind, können Ihnen auch nicht die politischen Rechte genommen werden. 3. Das verursacht freilich Kosten, die sich vorher nicht angeben lassen.

W. R. 300 Mark. Wenn Sie sich in ähnlichen Verhältnissen befinden, können Sie sich vom hiesigen Rate ein Amtsnamtstellen lassen, das an das Hamburger Amtsgericht einzureichen wäre mit dem Erfassen, die Klage im Amtsnachricht zu führen und Ihnen einen Rechtsanwalt belauden.

G. M., Brühl. Die Forderung verjährt in 30 Jahren von letzten unberechtigten Mehraufzug an gerechnet. Uebrigens wird der Betreffende in Strafe genommen, wenn Anzeige bei der Kassenverwaltung erfolgt.

G. R. 1. Auch wir können darin keine Bekleidung erbliden. 2. Erfolgt aber Privatlage, so werden Sie gut thun, sich einen Rechtsanwalt anzunehmen, der die Vertreibung führt.

M. S., Plagwitz. 1. Nein. 2. Das ist nicht zu billigen und Sie können sich deshalb beim Präsidenten des Amtsgerichts beschweren.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Dienstag den 18. Februar: 48. Abonn.-Vorstellung (4. Serie, braun).

Mignon.

Oper in 3 Akten mit Bezeichnung des Goethe'schen Romans „Wilhelm Tell's Lehrjahre“, von Michel Carré und Julius Barbier. Deutsche von Herd, Gumbert. Musik von Ambroise Thomas.

Megle: Oberregisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Porst. Wilhelm Meister Dr. Oscar Rothko Dr. Demuth

Mignon Dr. Odorbe Philine Dr. Baumann Laertes Dr. Anspach Baron Friedrich Dr. Marion Jarno Dr. Neidel Antonio Dr. Stiel

Der 1. und 2. Akt spielen in Deutschland, der 3. in Italien. Vorzimmer-Tanz, arrangiert vom Kapellmeister J. Goldschmidt. Im 1. Akt: Bürgerlicher Tanz, ausgeführt von Tel. Friedl, Tel. Todt, Tel. Lindner, Hrn. Strigel und den Damen des Corps de Ballet.

Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt. Einlaß 1/2 Uhr. Aufgang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Opern-Preise. Billett-Verkauf an der Tagesschule von 10 (Sonn.) u. Festtag von 10 1/2) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufschlag von 80 Pf.) von 1-3 Uhr.

Spieldauer: Mittwoch: Die Hochzeit des Figaro. Aufgang 7 Uhr. — Donnerstag: Circe. Aufgang 7 Uhr. — Freitag: Tristan und Isolde. Aufgang 1/2 Uhr. — Samstag: Gebildete Menschen. Aufgang 7 Uhr.

Altes Theater.

Dienstag den 18. Februar.

Die Reise um die Erde in achtzig Tagen nebst einem Vorspiel:

Die Wette um eine Million.

Chansons mit Gesang, Tanz, Evolutionen in 5 Aufführungen und 15 Bildern von A. d'Ennery und Jules Verne. Musik von Franz von Suppe.

Megle: Ober-Meisterschule Gründerberger. — Direktion: Musikdirektor Meyer. Vorspiel: 1. Bild: Die Wette um eine Million. — Erste Aufführung: 2. Bild: Am Suez-Kanal. 3. Bild: Die Wittwe des Rajah. 4. Bild: Auf dem Scheiterhaufen. — Zweite Aufführung: 5. Bild: Im Namen des Gesetzes. 6. Bild: Die Schlängengrotte auf Borneo. 7. Bild: Das Fest der Königin. — Dritte Aufführung: 8. Bild: Der Goldgräber von San Francisco. 9. Bild: Auf der Pacific-Bahn. 10. Bild: Die Mietstreppe bei Acarny. — Vierte Aufführung: 11. Bild: Am Bord der „Herkule“. 12. Bild: Capitän Fogg. 13. Bild: Wiedereichen im Meer. — Fünfte Aufführung: 14. Bild: Ein freiwilliger Verbrecher. 15. Bild: Das Hochzeiten auf einmal.

Pfeilead Fogg Thomas Flanagan | Mitglieder des „Excentric Club“ in London

Walther Ralph John Sullivan Andrew Stuart Fitz. Polizei-Agent

Karlald Corsican, ein reicher Amerikaner Dr. Earle Passpartout, Diener im Club Dr. Frank Margaret, Wäschewahrerin Tel. Müller Konda, Witwe eines indischen Rajah Tel. Jannisch Nenue, ihre Schwester Tel. Kuboldi Nafissa, eine Sklavin Tel. Detai Cromarth, Kapit. a. d. amerik. Kaufjahr. Henriette Dr. Greiner Mustava Pascha, Gouverneur von Suez Dr. Vorster Der Oberpfleger der Braminen Dr. Krause Ein Indianer-Häuptling Dr. Pleiss Bolanda, malaysische Mädchen Dr. Klemm Erster Zwölfer } Wächter der Pacific-Eisenbahn Dr. Leibnitz Ein Telegrafen-Diener Dr. Diekmann Blitz, Inhaber einer Taverne in San Francisco Dr. Schmiddecker Ein Pfeife Dr. Schröder Ein Gerichtsbeamter Dr. Prost Ein Konditeur Dr. Wok Stenerman Dr. Henning Ein Wachschiff am Bord des Schiffes Henklette Dr. Richter Ein Sergeant Dr. Fleischer Ein Indianer Dr. Vacal Ein Diener Dr. Behrens Im 7. Bild: Das Fest der Königin. Großes Ballett-Divertissement. Nach der 2. und 3. Aufführung finden längere Pausen statt. Einlaß 1/2 Uhr. Aufgang 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Gew. Preise. Billett-Büro, a. d. Tagesschule v. 10 (Sonn.) u. Festtag 10 1/2) bis 3 Uhr. Vorverkauf s. d. nächst. Tag (u. Aufg. v. 80 Pf.) v. 1-8 Uhr. Spieldauer: Mittwoch: Die Zilldin von Toledo. (Halbe Preise.) Aufgang 7 Uhr. — Donnerstag: Der Oberstelzer. Aufgang 1/2 Uhr. — Freitag: Fräulein Doktor. Aufgang 1/2 Uhr. — Samstag: Robert und Bertram. Aufgang 1/2 Uhr.

Küchenzettel der südl. Speiseanstalten.

Mittwoch: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Saubere Kartoffeln in Muffkaldaunen. Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Kartoffeln mit Schöpfnfleisch.